



Protokoll

der 43. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 14. Dezember 2023, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Anina Ineichen (GAB), Fina Girard (GAB), Franziska Roth (SP), Leonie Bolz (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

50. Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK 2
10. Areal Horburg Dreirosen; Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Horburgstrasse, Müllheimerstrasse, Badenweilerstrasse und Wiesenschancenweg (Areal Horburg Dreirosen), Bericht der BRK 29



Beginn der 43. Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2023, 15:00 Uhr

50. Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

[14.12.23 15:00:10, 23.5583.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen. Kaffeespense heute Nachmittag: Bundesrat Beat Jans spendiert uns heute Nachmittag den Kaffee. Vielen Dank, lieber Beat, für diese grosszügige Geste.

Wir fahren fort mit der Budgetdebatte und ich bitte um Ruhe im Saal. Es liegt ein Änderungsantrag der SVP-Fraktion vor für die Dienststelle Kultur, Budgetbuch Kapitel 3.2.7 auf der Seite 62. Erfolgsrechnung Verbesserung um 237'500 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Wir können heute ein weiteres wichtiges Zeichen gegen Antisemitismus setzen. Auch wenn das SVP-Sekretariat heute von Hamas-Verstehern angegriffen wurde und auch wenn ich die Plakate vor dem Rathaus sehe, mit unschönen Skandierungen, dann ist es vielleicht umso wichtiger, dass wir einfach mal auch ein konkretes Zeichen setzen und nicht immer nur über Lippenbekenntnisse abgeben. Wenn jetzt die Frage kommt, ob wir diesen Antrag in der Finanzkommission gestellt haben, dann kann ich ganz fundiert sagen, Nein, weil diese Form von Antisemitismus nach dem Bericht der Finanzkommission geschehen ist und deshalb es einfach auch ein Fakt ist, dass Antisemitismus überall und zu jederzeit stattfinden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben seit dem Angriff der Hamas auf Israel zahlreiche Vorstösse überwiesen. Ein Anzug wurde stehengelassen, es wurden Interpellationen eingereicht, es wurden neue Anzüge eingereicht. Das ist alles richtig, das ist absolut gut, aber es muss dann auch einmal Konsequenzen haben, wenn wir einen konkreten Fall von tiefem Antisemitismus haben. Der neue Chef der Kunsthalle hat zwei sehr problematische Briefe unterschrieben, in der einseitig Israel Völkermord, Genozid und Apartheid vorgeworfen wurde. Der Angriff der Hamas wurde in keiner Art und Weise erwähnt, erst fünf Tage später in einer Klammerbemerkung. Das ist ganz klar eine antisemitische Haltung und ich habe dazu auch schon eine Interpellation eingereicht. Wenn es jetzt heisst, dass der neue Chef sich von den problematischen Passagen distanziert, dann nehme ich ihn diese Distanzierung nicht ab. Jeder weiss, was er für einen Brief er unterschrieben hat, erst recht, wenn man auf diesem intellektuellen Niveau ist, dann ist das eigentlich etwas, das man wissen sollte. Und man sollte wissen, dass es problematisch ist und dementsprechend ist es klar, was für ein Beweggrund dahinter stand.

Wir haben einige Lippenbekenntnisse in der letzten Zeit abgegeben. Dann wäre es jetzt auch mal konsequent, wenn wir sagen, so kann es nicht weitergehen. Die Überlegung hinter diesem Änderungsantrag ist, dass wir der Kunsthalle drei Monate Zeit geben und in diesen ersten drei Monaten des Jahres kein Geld sprechen. Wenn sie sich dann neu sondiert hat und innerhalb von drei Monaten einen neuen Kunsthallenchef gefunden hat, dann kann der Staatsbeitrag wieder laufen.

Was wir jetzt gesehen haben, war eine leichte Entschuldigung, eine leichte Distanzierung und dann geht es wieder weiter zur Tagesordnung. Das können wir so nicht stehenlassen und aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission das Wort hat Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission hat sich mit diesem Thema nicht auseinandergesetzt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Grosse Rat im November einen entsprechenden Staatsbeitrag mit Grossratsbeschluss gesprochen hat. Wir haben diese Diskussion dazu nicht geführt und beantragen Ihnen deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat verurteilt jegliche Art von Antisemitismus auf das Entschiedenste. Er hat in seiner Beantwortung der Interpellation Nummer 148 von Pascal Messerli im Rahmen der Grossratssitzung vom 6. Dezember hierzu sich bereits geäussert. Wir haben klargestellt, dass erstens der Kunstverein am 16. November ausführlich mittels einer Medienmitteilung Stellung genommen hat. Sowohl der Basler Kunstverein als auch Mohammed Almusibli distanzieren sich entschieden von den umstrittenen Passagen in den offenen Briefen. Beide verurteilen jegliche Form von Antisemitismus. Dies wurde ebenfalls öffentlich klargestellt.

Regierungspräsident Beat Jans hat am selben Tag gegenüber den Medien Stellung bezogen und klargestellt, dass er erwarte, dass jeglicher Verdacht auf Antisemitismus klar ausgeräumt wird. Das ist dann mit der Stellungnahme des Kunstvereins am 16. November ja auch passiert. Der Regierungsrat hat diese Klarstellung so entgegengenommen. Wir haben das Anliegen des Kunstvereins unterstützt, dass der neue Direktor eine Chance bekommt, in Basel seine Fähigkeiten, sein Talent und seine Haltung als Kurator zeitgenössischer Kunst unter Beweis zu stellen. Die Aussage in der Antragsbegründung, dass sich der Regierungsrat oder der Kunstverein weigern würden, den Fall aufzuklären, scheint mir somit widerlegt.

Zum Thema der Meinungsäusserungen von Vorstandsmitgliedern und Mitgliedern von Findungskommissionen: Das sind Themen, die wir auch in der Interpellation Nummer 150 von Joël Thüring angesprochen haben und die wir dort in diesem Rahmen beantworten werden. Hier nur in aller Kürze: Es handelt sich um persönliche, private Meinungsäusserungen von einzelnen Personen, die nicht als Repräsentanten des Kunstvereins respektive der Kunsthalle auftreten. Dem Basler Kunstverein als Institution steht es fern, sich zu politischen Geschehnissen zu äussern, jedoch fallen private Äusserungen von einzelnen mit der Institution verbundenen Personen unter das Grundrecht der Meinungsfreiheit. Der Regierungsrat hält es für verfehlt, daraus Argumente für eine Kürzung von Staatsbeiträgen abzuleiten. Er sieht hierfür keine Veranlassung und lehnt den Kürzungsantrag deshalb ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Bevor wir zu den Fraktionssprechenden kommen möchte ich eine kurze Mitteilung machen.

Besuch auf der Zuschauertribüne: Auf der Tribüne begrüsse begrüsse ich die Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Basel mit Lehrperson David Schreiber. Die Jugendlichen haben sich vorher bereits mit zwei Ratsmitgliedern zu einer engagierten Debatte getroffen. Liebe Schülerinnen und Schüler, ich wünsche euch einen interessanten Nachmittag bei uns. Herzlich willkommen. (*Applaus*)

Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Erster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Das Grünalternative Bündnis lehnt diese Kürzung ab. Die Zivilgesellschaft in Israel, in Gaza und in Palästina leidet enorm unter dem Konflikt im Nahen Osten. Der Konflikt hat sich seit dem schrecklichen Terrorangriff der Hamas ausgeweitet und intensiviert. Ein Frieden ist leider, und das betrifft uns sehr, nicht in Sicht. Das Elend für die Zivilbevölkerung geht weiter und weiter, eine Aussicht auf ein friedliches Zusammenleben ist leider in weiter Ferne.

Seit Monaten betreibt die SVP eine politische Kampagne, welche die menschliche Tragödie in Israel und in Palästina missbraucht. Jegliche Kritik am Vorgehen der israelischen rechten Regierung wird als antisemitisch abgestempelt und mit einer Unterstützung der Terrororganisation Hamas gleichgestellt. Gleichzeitig hat die nationale SVP keine Berührungspunkte mit antisemitischen rechtsextremen Parteien und Personen in Kontakt zu sein oder gar Wahlkampagnen zu lancieren. Anstatt dass wir hier in der Stadt alle gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben uns einsetzen und Menschen mit jüdischen Wurzeln und persönlichen Bezügen zu Israel und Palästina zusammenführen, wird in den letzten Wochen von der SVP-Feuer ins Öl gegossen. Dies finden wir unverantwortlich.

Der Basler Kunstverein und der designierte Direktor haben sich vom Terror der Hamas klar und deutlich distanziert, eine Verurteilung und Kritik des Bombardements der israelischen Regierung unter Netanyahu in Gaza wird unterdessen auch von der US-Regierung und von den europäischen Staaten geteilt und in Israel gibt es durchaus kritische Stimmen der Zivilbevölkerung gegen das Vorgehen der israelischen Regierung. Es wäre also angezeigt, dass wir hier in Basel einen anderen Umgang mit dem Konflikt finden und wir lehnen deshalb diesen Kürzungsantrag ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Das ist ein schwieriges Thema hier und dass wir es an der Budgetdebatte besprechen, ist ein bisschen speziell, aber wir wollen hier natürlich auch Stellung nehmen. Ich möchte ganz klar am Anfang sagen, die Organisation



Hamas war bereits vor dem 7. Oktober eine sehr schwierige Organisation, hat aber am 7.10. unbeschreibliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und jede Relativierung dieser Taten ist völlig unakzeptabel. Zweitens, Antisemitismus zeigt leider wieder sein hässliches Gesicht. Sie haben vielleicht die Schlagzeilen aus Polen gesehen, aber auch hier bei uns in der Stadt im Alltag. Es ist eine klare Kante gefordert. Wir müssen genau hinschauen, selbstverständlich auch bei Organisationen mit Staatsbeiträgen. Wir haben es vorher gehört, die Regierung macht das, der Regierungspräsident hat sich damals entsprechend klar geäussert bei diesem Fall, im Weiteren verweise ich auf die Ausführung von Regierungsrat Lukas Engelberger.

Persönlich macht mich auch das Leid der palästinensischen Bevölkerung sehr betroffen. Es ist legitim, diese Betroffenheit zu äussern. Es ist auch legitim, sich für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser auszusprechen. Das ist im heutigen Klima, wo jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, sehr schwierig und es ist klar, dass wir von Leitungspersonen erwarten müssen, dass sie Äusserung über die Rechte der Palästinenser in einer klaren Abgrenzung zum Antisemitismus tun. Ich habe es wiederholt, ich wiederhole es noch einmal: Der Direktor der Kunsthalle hat sich in diesem Sinn geäussert und das müssen wir auch anerkennen.

Pascal Messerli, ich anerkenne, dass Sie sich ehrlich gegen Antisemitismus einsetzen, aber dieser Kürzungsantrag hier ist jetzt wirklich der falsche Weg. Ich unterstütze jede Massnahme gegen Hamas als terroristische Organisation. Wenn wir jetzt aber hier alle Massnahmen, alle Menschen, die sich aus Betroffenheit äussern, Menschen, die kritische Bemerkungen machen, vielleicht manchmal auch ein bisschen unbedacht, weil sie sich nicht alltäglich mit Politik auseinandersetzen. Wenn wir hier alle diese Menschen ächten, dann zerstören wir den Weg zum Frieden. Und so schwierig es ist aktuell daran zu denken, wir müssen Frieden schaffen. Das muss unser Ziel sein.

Wir alle sollten uns für Frieden und gegen Antisemitismus einsetzen und vor allem in den eigenen Kreisen. Das heisst ich, ich muss mich in der Linken positionieren. Ich freue mich auch, dass es ausserparlamentarische Linke gibt, die sich hier unmissverständlich äussern. Man kann das Statement des Grauen Blocks in Erinnerung rufen. Und in diesem Zusammenhang muss ich auch sagen, es ist nicht akzeptabel, wenn Parteisekretariate angegriffen werden. Ich lade Sie aber ein, Pascal Messerli, das bei der SVP Schweiz zu tun. Wir alle hier im Parlament mussten mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass Ihre Mutterpartei in Bern gegen den besseren Schutz jüdischer Institutionen war. Und wie gesagt, ich glaube, dieser Antrag hier ist einfach kontraproduktiv und ich bitte jetzt Sie deshalb um Ablehnung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin natürlich wieder einmal sehr berührt von dieser Debatte, auch vom Besuch. Ich selber war im Wirtschaftsgymnasium Basel.

Eric Weber (Fraktionslos): Dort habe ich über diesen Konflikt in Palästina und Israel gelernt. Und wir diskutieren jetzt über diesen Konflikt. Mein Geschichtslehrer war Herr Müller.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich rufe Sie ein zweites Mal zur Ordnung. Das haben Sie sich jetzt verdient und ich entziehe Ihnen das Wort. Nehmen Sie bitte Platz.

David Jenny (FDP): Ich will die Debatte zurück in die Budgetdebatte führen. Wir haben hier einen Kürzungsantrag. Wie Sie genau wissen, haben wir einem Staatsbeitrag die Zustimmung gegeben für eine gewisse Periode und darauf gestützt wird eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen und die ist schon abgeschlossen worden. Also, es besteht eine Verpflichtung zur Zahlung dieser Beiträge an die Institution, ob Sie das jetzt aus dem Budget herausnehmen oder nicht. Und die Aufgabe zur Überwachung, ob eine Institution ihren Verpflichtungen aus dem Recht und der Vereinbarung nachkommt, obliegt dem Regierungsrat. Ich habe kein Argument dafür gehört, wodurch eine Vertragsverletzung begründet ist. Und eine solche Strafe ist einfach rechtsstaatlich nicht zu rechtfertigen.

Ich will aber anfügen, dass die Erklärungen des Kunstvereins mich nicht vollumfänglich überzeugt haben. Ich kann aber auch anfügen, dass ich annehme, dass die fragliche Person erst ein designierter Direktor ist, er steht also noch nicht in einem Arbeitsverhältnis mit dem Kunstverein. Dieses wird aufgenommen werden. Dann besteht, so hoffe ich, eine Probezeit. Der Arbeitgeber hat dann zu beobachten, ob sich diese Person an seine Pflichten hält oder nicht und gegebenenfalls hat er zu reagieren.

Es wurde in den Medien gesagt, man habe auch ein Recht auf undifferenzierte Meinungsäusserungen. Dies mag ja so undifferenziert stimmen, aber es ist doch empfehlenswert, bevor Sie einen offenen Brief unterzeichnen, vielleicht eine Nacht darüber zu schlafen, vielleicht auch zwei Nächte darüber zu schlafen. Wir haben über die Resolution, die Pascal Messerli



verfasst hat, auch einmal geschlafen und dann noch gefeilt und sie erst dann verabschiedet. Ich glaube, ein solches Vorgehen kann man auch künstlerisch tätigen Personen empfehlen, ohne übergreifend zu sein. Aber im übrigen lehnen Sie bitte diesen rechtlich völlig unbegründeten Kürzungsantrag ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. In der zweiten Runde hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort. Er verzichtet, Joël Thüring verzichtet ebenso. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Kultur

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002341, 14.12.23 15:20:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen bei 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir kommen zum Globalbudget Museen, Mitbericht der BKK. Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring. Er verzichtet. Franziska Roth für die BKK verzichtet ebenso. Regierungsrat Lukas-Engelberger hätte das Wort, er verzichtet auch. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir machen weiter und kommen zum Bau- und Verkehrsdepartement, Kommissionsbericht Seite 27. Hier liegen zwei Änderungsanträge der SVP-Fraktion vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Das Wort zu diesem Departement hat zuerst für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich habe es bereits heute Morgen in der Eintretensdebatte gesagt: Beim Bau- und Verkehrsdepartement ist eine grosse Veränderung gegenüber dem Vorjahresbudget auf den höheren Beitrag für das Globalbudget ÖV zurückzuführen. Dort steigt er, wie bereits erwähnt, um 20,5 Millionen Franken. Es gibt dann auch noch kleinere Veränderungen. Ich möchte das vielleicht ganz speziell hervorheben, weil das heute Morgen auch in der Diskussion der Votanten der Fraktionen ein Thema war.

Wir sehen jetzt doch gerade beim Bau- und Verkehrsdepartement, dass auch Entscheidungen des Parlamentes Einfluss haben auf den Headcount eines Departements und somit letztlich auch auf dem Headcount des Kantons. Es wurden nämlich aufgrund einer angenommenen Motion der UVEK betreffend Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraumgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien bei der Fernwärme 4,5 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen. Es wurden durch die Ablehnung der Solarpresskübel anvisierte Effizienzgewinne nicht erzielt. Das bedeutet ebenfalls, dass 3,0 Stellen bestehen bleiben «müssen». Zudem sind dort 8,0 zusätzliche Vollzeitstellen für die Umsetzung des vom Grossen Rat beschlossenen Entsorgungsmonopols bei Gewerbekehricht vorgesehen. Also teilweise ist es tatsächlich seitens des Parlaments so, dass seine Entscheidungen, und diese wertet jetzt die Finanzkommission nicht, durchaus auch die Folge haben können, dass der Headcount entsprechend ansteigt.

Ich möchte ganz kurz etwas zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat sagen, es wurde heute Morgen auch schon von der Fraktionssprecherin des Grünalternativen Bündnisses erwähnt. Gemäss dem Bericht 22 des Regierungsrates wurde per 2023 ein Ratschlag zur Aufstockung der Personaldecke im Bau und Gewerbsgewerbeinspektorat in Aussicht gestellt. Hierfür sind jetzt für das Jahr 2024 vier Vollzeitstellen budgetiert. Gemäss Bau- und Verkehrsdepartement wurde bereits im Jahr 2023 aufgrund der herausfordernden Situation und auch im Hinblick auf die Sicherung des Service Public im Bereich Baubewilligung zusätzliches Personal eingestellt. Aufgrund der Dringlichkeit und des nicht vorhandenen Handlungsspielraums erfolgten diese Stabilisierungsmassnahmen in Kompetenz des Regierungsrates. Um zu vermeiden, dass sich ein Engpass wie im Jahr 2022 ein zweites Mal ereignen könnte und um die angestauten Dossiers baldmöglichst bearbeiten zu können, musste der Kanton rasch handeln, zumal die Rekrutierung angesichts des Fachkräftemangels eine



Herausforderung darstellt und die Einarbeitungszeit von neuen Mitarbeitern selbstverständlich auch jeweils mehrere Wochen bis Monate beträgt. Dementsprechend hat das Departement im Jahr 2023 für das Team Baubewilligungen vier Stellen ausgeschrieben und auch besetzt. Die vier Vollzeitstellen für das Budget 2024 entsprechen den bereits im Jahr 2023 notwendigen Personalressourcen, wobei die vier Stellen im Jahr 2023 dann erst im Verlaufe des Jahres besetzt wurden.

Es wird also kein entsprechender Ratschlag mehr dazu folgen. Wir wollten das hier an dieser Stelle einfach auch noch einmal transparent machen. Wir haben uns auch von der Vorsteherin des Departements, von Regierungsrätin Esther Keller versichern lassen, dass der Betrieb im Bau- und Gastgewerbeinspektorat nun wieder besser funktioniert. Die Einarbeitung erfordert noch etwas mehr Ressourcen und es würden zurzeit Altlasten von 2022 abgearbeitet. Dies sei sehr wichtig, jedoch könne die Drei-Monats-Erfüllungsquote noch nicht erreicht werden, da zuerst immer die alten Dossiers aufgearbeitet werden müssen, bevor die neuen in die Hand genommen werden.

Die Finanzkommission nimmt das so zur Kenntnis und wird selbstverständlich diese Situation rund um das Bau- und Gastgewerbeinspektorat auch weiterhin beobachten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Raphael Fuhrer hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich darf im Namen der UVEK zum Globalbudget ÖV Stellung nehmen und möchte kurz berichten, worüber wir diskutiert haben und welche Positionen wir einnehmen. Wir haben wie die Finanzkommission festgestellt, dass es ein sehr starkes Wachstum gegeben hat, insbesondere seit 2021 und uns haben die Gründe dahinter interessiert.

Der erste Grund liegt auf der Hand, ein Angebotsausbau. Dieser Grund ist etwa für 10 Prozent der Steigerung seit 2021 verantwortlich. Für die restlichen Prozente, also für den ganz grossen Teil von 90 Prozent fallen andere Gründe ins Gewicht. Der zweite Grund ist die Teuerung, die sich hier bemerkbar macht. Der dritte Grund ist die Umstellung auf Elektrobusse. Immer wenn neue Fahrzeuge in Gebrauch kommen werden, sieht man das auch im ÖV-Globalbudget. Der vierte Grund ist ein anderer Finanzierungsmechanismus in der Infrastruktur, dass also die Traminfrastruktur via Darlehen verrechnet wird, und das schlägt dann im Globalbudget so zu Buche. Es sind keine Mehrausgaben, es ist ein anderer Finanzierungsmechanismus. Der fünfte Grund ist der Ertragsausfall infolge von Covid, der immer noch spürbar ist, und der sechste Grund schliesslich sind gestiegene Energiepreise.

Zum ersten Grund haben wir eine Diskussion geführt und uns auch informieren lassen, wie es aussieht mit dem Budgetpostulat, das die UVEK damals eingereicht hatte und das überwiesen wurde, betreffend den Ausbau am Abend und am Wochenende. Wir konnten sehen, dass es bis jetzt soweit ein Erfolg ist, es konnten schon gewisse Kursverdichtungen umgesetzt werden, im Moment wird das auch koordiniert mit Basel-Landschaft. Wir haben dies zum Anlass genommen, mit dem BVD über die diversen Kursausfälle bei den BVB zu sprechen. Was im Fahrplan ist, ist das eine, das andere ist, wie tatsächlich gefahren wird. Hier konnten wir uns die Ansicht des BVD vergegenwärtigen, dass das nicht geht und dass hier auch Massnahmen laufen. Die UVEK ist damit nicht zufrieden und erwartet hier schnell eine Besserung.

Zum dritten Grund, der Umstellung auf Elektrobusse: Neue Fahrzeuge verursachen auch höhere Kosten. Sie sind aber dann deutlich günstiger im Betrieb und im Unterhalt. Sie sind auch energiesparsamer, was gerade in der aktuellen Zeit ein wichtiges Argument ist. Dieses Thema wird aber sicher wieder kommen, wenn wir über neue Trams sprechen werden. Auch das wird wieder einen Effekt haben auf das ÖV-Globalbudget.

Zum fünften Grund: Wir haben diesen diesen Punkt allgemein zum Anlass genommen, um über die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu sprechen. Das eine ist das Angebot, die Preise und die Tarife sind das andere. Hier haben wir nachgefragt, wo der Kanton Basel-Stadt bei neuen Tarifmodellen steht, also bei kombiniertem öffentlichen Verkehr zum Beispiel Tram, Pick-e-Bike und Mobility in einem Tarif und über eine Schnittstelle, und wir haben erfahren, dass hier tatsächlich etwas geht, und mit anderen Städten zusammen soll dies nun bei uns eingeführt werden.

Zum sechsten Punkt, den gestiegenen Energiepreisen: Es wurde uns berichtet, dass es einen neuen Vertrag gibt zwischen den BVB und den IWB und dieser beeinflusst massgeblich die Kosten für die Energiepreise, neben den eigentlich gestiegenen Preisen in der Energie. Dieser neue Vertrag stand unter dem Eindruck der gestiegenen Energiepreise im Herbst/Winter 2022, darum wurde er flexibel ausgestaltet. Gemäss Auskunft des BVD wird der Mehrbedarf der Energiekosten beim Tram sehr wahrscheinlich so eintreffen wie budgetiert, beim Bus aber werden wir wahrscheinlich unter dem budgetierten Wert landen. Die UVEK hat insbesondere nachgefragt, wie dieser Vertrag genau aussieht, was das Preis- und Vertragsmodell ist, denn die Elektrobusse etwa werden ja vor allem über Nacht geladen, wenn eigentlich günstigere Tarife gelten, und seither sind die Strompreise ja auch wieder ziemlich gesunken. Die UVEK wünscht sich, dass dieser finanzielle Mehrbedarf bezüglich Energiekosten im Rahmen des Leistungsauftrags zwischen BVD und BVB genau überprüft wird und genau hingeschaut wird.



Als Gesamteindruck kann ich wiedergeben, dass die UVEK diesen Trend sieht und er wird und soll sich nicht fortsetzen. Da nun bestimmte Gründe dahinter liegen, die mittlerweile zum Teil auch bereits wieder nicht mehr gelten, sind wir der Ansicht, dass diese Entwicklung nicht weitergehen kann, gewisse Themen werden uns aber sicher begleiten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Somit kommen wir zu den Änderungsanträgen.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststellen Generalsekretariat Städtebau und Architektur, Mobilität, Budgetbuch Kapitel 3.3 auf Seite 84. Erfolgsrechnung. Verbesserung um 360'000 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hätte das Wort, für ihn spricht jetzt Lorenz Amiet und hat das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): 8,5%, 7%, 12,7%: Um so viel wächst das Budget 2024 gegenüber Budget 2023. Das sind selbst dann sehr stolze Wachstumszahlen, wenn man die etwas hoch veranschlagte Teuerung als Grundlage nimmt. Schon heute Morgen haben wir diverse Stimmen gehört, die dieses Wachstum kritisiert haben. Auch wir kritisieren dieses Wachstum selbstverständlich.

Wir haben uns gefragt, was wir tun können, und haben versucht, Positionen zu definieren, bei denen wir der Meinung sind, dass das Wachstum deutlich zu hoch ist. Wir stellen Ihnen hier jetzt den Antrag, beim Bereich Transformationsareale das Wachstum des Headcounts nicht um 3,9 Stellen, wie geplant und von der Regierung beantragt, vorzunehmen, sondern nur um 1,9 Stellen, also das Wachstum um zwei Stellen zu reduzieren.

Das ist kein massiver Eingriff. Wenn Sie nur diese Budgetpositionen, die betroffen sind, zum Nennwert nehmen, ist das eine Reduktion des Budgets um 0,65%. Ja, es ist Symbolpolitik, ja, es ist nicht wirklich viel, aber wir sind trotzdem der Meinung, dass man ein Zeichen setzen muss, um dem grenzenlosen Wachstum des Headcounts in gewissen Bereichen der Verwaltung einen Einhalt zu gebieten. Wir danken Ihnen für die Unterstützung dieses Antrags.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Johannes Sieber. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich versuche es jetzt noch einmal. Die SVP unterhält uns schon den ganzen Tag mit Kürzungsanträgen und ich frage mich wirklich, warum Sie das nicht in die Finanzkommission gebracht haben, um das dort seriös zu prüfen. Wäre das nicht viel sinnvoller gewesen als jetzt ad hoc irgendwelche Symbolpolitik zu betreiben?

Lorenz Amiet (SVP): Unser Vertreter in der Finanzkommission ist der Präsident, ich kenne die Spielregeln in der Finanzkommission nicht im Detail. Ich kann aus unserer Kommission berichten, dass es nicht gern gesehen wird, wenn die Präsidentin diejenige ist, die ständige Anträge einbringt. Und einen zweiten Sitz in dieser Kommission haben wir leider noch nicht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission halt das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich hätte jetzt auch fast etwas zu Johannes Siebers Zwischenfrage sagen wollen. Ich sehe mich in meiner Rolle als Finanzkommissionspräsident nicht als der, der jetzt Tausende von Anträgen stellt. Aber ich möchte einfach ganz generell sagen, jedes Mitglied dieses Hohen Hauses hat Anspruch und Anrecht, einen Antrag in der Budgetdebatte zu stellen. Sie werden also wahrscheinlich nie vermeiden können, dass es auch noch entgegen dem Antrag der Finanzkommission hier im Parlament Anträge geben kann. Davon lebt eine Budgetdebatte, auch wenn Sie das sich vielleicht ja anders vorgestellt hätten.

Zum Inhalt des Antrags von Lorenz Amiet: Wir haben uns zu den Transformationsarealen auch explizit im Budgetbericht vernehmen lassen und ich verweise gerne auf lassen Seiten 31 und 32. Dort führen wir einerseits auf, weshalb es diese 3,9 neuen Vollzeitstellen geben wird oder weshalb diese beantragt sind, und wir führen dann sogar noch darüber hinaus aus, weshalb es dort auch entsprechende Sachmittel braucht, um dann auch diese verschiedenen Projekte voranzutreiben. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Finanzkommission, dem Antrag der SVP-Fraktion nicht zuzustimmen und dem zu folgen, was der Regierungsrat beantragt hat und was auch die Finanzkommission für richtig erachtet.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat bittet Sie, diesen Kürzungsantrag nicht zu unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle der Finanzkommission wirklich auch danken für die konstruktive Auseinandersetzung, auch für die kritischen Fragen zu den Gebieten, die ja schon genannt wurden, zum BGI, aber auch zu den Transformationsarealen. Hier ist wirklich der denkbar falsche Ort, um zu kürzen, einerseits, um es ökonomisch auszudrücken, weil hier ein grosser Return on Investment da ist. Und damit meine ich nicht nur Steuergelder von Menschen, die hier künftig mehr arbeiten und wohnen, sondern wirklich auch für die ganze Stadt.

Wir haben hier in Basel sieben grosse Transformationsareale. Das ist wirklich eine Chance, die relativ einzigartig ist in der ganzen Schweiz und wir haben Raumpotenzial für über 20'000 Einwohnende und über 40'000 Arbeitsplätze. Das ist eine grosse Chance, aber eben auch eine Verantwortung. Es ist in einer dicht bebauten Stadt nicht einfach, eine solche Entwicklung zu machen. Das muss sehr sehr sorgfältig gemacht werden. Es sind viele Ansprüche da, berechnete Ansprüche. Der Wohnraum muss bezahlbar sein, Grünplanung ist wichtig, Mobilität, die ganzen öffentlichen Nutzungen. Das ist nicht *courant normal*, den wir noch einmal schnell mit unseren bestehenden Mitarbeitenden lösen können. Wir haben diese Stellen auch befristet, weil auch klar ist, dass diese Arealentwicklungen irgendwann abgeschlossen sind und wir sorgfältig mit den Mitteln umgehen möchten.

Aber noch einmal: Das ist wirklich gut investiertes Geld. Wir möchten auch mit den Bauherren, mit den Investoren Schritt halten können. Die können relativ schnell ihre Ressourcen hochfahren und vorwärts machen bei diesen Entwicklungen und wir müssen natürlich als Kanton auch ein Gegenüber sein, das auch die nötigen Ressourcen hat, um diese Prozesse in Angriff zu nehmen. Deshalb darf ich Sie bitten im Namen des Regierungsrats, diese Kürzungen nicht zu unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Als Einzelsprecherin hat sich gemeldet Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wir können diesen Antrag irgendwie ein bisschen nachvollziehen. Wir fragen uns auch, wieso das BVD bei den Entwicklungsarealen nicht in der Lage ist, auf eigene Ressourcen zurückzugreifen und damit Stellen für die Arealentwicklung ein bisschen moderat wachsen zu lassen. Wir erklären das uns damit, dass im Departement interne Probleme vorhanden sind. Abteilungen und Ämter zum Beispiel bekämpfen sich gegenseitig. Es fehlt also diesbezüglich eine Strategie, wie innerhalb des Departements die Zusammenarbeit aussehen soll.

Diese Probleme lassen sich aber nicht mit Kürzungen oder Kompensationen lösen. Hier braucht es Führung. Abgesehen davon finden wir, dass das Mobilitätsamt mehr Stellen braucht, nicht weniger. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um unsere Erwartungen zu äussern. Die Stellenaufstockung bei den Entwicklungsarealen soll klar der Bevölkerung bzw. einer harmonischen Quartierentwicklung und dem Klima zugutekommen und nicht einzig den Investoren. In diesem Sinn nehmen wir auch Regierungsrätin Esther Keller beim Wort.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Besten Dank. In der zweiten Runde wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich muss jetzt trotzdem kurz auf dieses Votum eingehen. Es ist mir wirklich wichtig zu sagen, dass wir selbstverständlich Strategien haben, wie wir mit diesen Arealentwicklungen umgehen. Aber noch einmal, wir sprechen von sieben grossen Transformationsarealen. Das machen Sie nicht *en passant* mit den bestehenden Mitarbeitenden. Also die Strategie ist definitiv vorhanden, aber auch ein riesiges Potenzial über die nächsten Jahre, das wir auch nutzen wollen und werden. Deshalb würde ich mich über Ihre Unterstützung freuen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Joël Thüring verzichtet auf ein Votum. Wir stimmen ab.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Generalsekretariat/Städtebau und Architektur/Mobilität

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung



11 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002343, 14.12.23 15:40:39]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen bei 11 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag der Fraktion SVP. Dienststellen Stadtgärtnerei, Budgetbericht Kapitel 3.3.1 auf Seite 97. Erfolgsrechnung Verbesserung um 153'000 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Das BVD plant für die Umsetzung des Stadtklimakonzepts eine Headcountaufstockung von einer Stelle. Wir von der SVP-Fraktion sind der Ansicht, dass man diese eine Stelle auch intern kompensieren kann. Wenn man sich den Ratschlag anschaut bezüglich dem Stadtklimakonzept, dann werden hier drei Millionen ausgegeben für ein paar neue Sonnenschirme, es werden Blumentöpfchen aufgestellt, die auch ein paar Millionen kosten. Das soll dann alles auch noch gewartet werden. Hier sind wir wirklich der Meinung, dass man einfach eine gewisse Form von Sauglattismus halt nicht sprechen sollte. Es gibt ja dann auch noch einen Ratschlag. Da kann ich jetzt schon versichern, dass wir hier von der SVP Änderungsanträge, wenn nicht gar Rückweisung beantragen werden. Dementsprechend sind wir der Meinung, dass wir hier diese eine Stelle auch kürzen können.

Bei den Transformationsarealen könnte man noch argumentieren, dass es sieben grosse davon gibt. Aber hier sind es wirklich Punkte des Stadtklimakonzeptes, die mehr als umstritten sind und sehr sehr teuer sind. Dementsprechend kann man hier durchaus auch kürzen. Und bevor jetzt die nächste Zwischenfrage von Ratskollege Johannes Sieber kommt – ich kann mich daran erinnern, dass die GLP gestern einer Staatsbeitragserhöhung zugestimmt hat, entgegen der BKK-Sitzung. Also sich immer die Welt so drehen, wie sie einem gefällt, ist auch nicht immer glaubwürdig. Wenn Sie einer Erhöhung zustimmen können, dann können Sie auch mal einer Kürzung zustimmen, sofern Ihnen die Finanzpolitik als GLP wirklich wichtig ist. Dementsprechend freue ich mich auf ihre Zustimmung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben auch diese 1,0-Headcount-Aufstockung zur Kenntnis genommen und sind nicht der Ansicht, dass auf diese Stelle verzichtet werden soll. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier bittet sie der Regierungsrat, diese Kürzung abzulehnen. Pascal Messerli, ich darf Ihnen versichern, wir meinen es sehr ernst mit dem Stadtklimakonzept und ich bin überzeugt, dass Sie sich einmal durch diese fast 100 Seiten gekämpft haben, um mit Details sich hier auszukennen, nämlich dass wir unsere Strategie eben so gestaltet haben, dass überall wo möglich wir eben fixe Lösungen suchen. Wo immer möglich kommt der Baum in den Boden und eben solche Dinge wie dieser Antrag, den sie hier jetzt bekämpfen, die Schwammstadt.

Das ist extrem wichtig, weil die grösste Herausforderung für den Grünbestand in dieser Stadt ist das mangelnde Wasser. Wasser ist ein Thema, das generell in der Schweiz lange unterschätzt wurde und zwar in zwei Richtungen: Die zunehmende Trockenheit, ein Phänomen, das relativ neueren Datums ist. Also wir müssen unsere Stadt so ausrichten, dass künftig mehr Wasser in den Boden fließen kann. Und das bedingt doch eine relativ grosse Umstellung auch der bisherigen Planung, auch der Planungsgrundlagen. Das ist ein initialer Aufwand. Und das andere ebenso grosse Risiko sind Starkregenereignisse. Und auch dafür ist das Schwammstadtprinzip wichtig. Wir sehen immer wie mehr, dass es trockene Zeiten gibt und dann plötzlich Zeiten, in denen sehr viel Wasser kommt. Und auch da ist Stand heute, dass die Kanalisation, wie wir sie heute haben, nicht mehr ausreichen wird.

Wir müssen also andere Wege finden, um die Bevölkerung vor Starkregen zu schützen. Heute sollen wir dieses Geld investieren, um diese Planungen anzupassen. Das sind nicht Dinge, bei denen man jetzt schon auf wahnsinnig viel Bestehendes zurückgreifen muss. Alle Städte sind im Moment am Erarbeiten dieser Planungen und wir nehmen da auch



Rücksprache miteinander. Wir machen das nicht im Alleingang. Aber da müssen neue Dinge erarbeitet werden. Uns zu schützen gegen Starkregen aber eben auch gegen die zunehmende Trockenheit, ist etwas extrem Wichtiges.

Das ist Teil dieses Stadtklimakonzepts, damit wir eben diese Begrünung im Boden realisieren können, nachhaltig Bäume pflanzen, die auch gross werden können. Deshalb bitte ich Sie hier um Unterstützung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Als Einzelsprecher hat sich eingetragen Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Für das Grünalternative Bündnis möchte ich beliebt machen, diesen Kürzungsantrag nicht zu überweisen. Schwammstadt bedeutet, dass mehr Regenwasser versickern kann und nicht in die Kanalisation geht. Starkniederschläge werden zunehmen und wir müssen darum unsere ARA auf diese Ereignisse ausbauen. Da reden wir nicht mehr von ein paar zehntausend Franken, sondern von ein paar Hunderten von Millionen. Es ist darum wirklich gescheit, wenn wir jetzt in dieses Prinzip Schwammstadt investieren, damit wir Lösungen haben, bevor wir diese starken Niederschläge dann alle in die ARA ableiten und dort das Problem haben, sodass dort die viel höheren Kosten anfallen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wird auf ein Votum verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Stadtgärtnerei

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002345, 14.12.23 15:47:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Änderungsantrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 80 Nein-Stimmen bei 10 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Globalbudget öffentlicher Verkehr, mündlicher Mitbericht der UVEK.

Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Der Kommissionsprecher der UVEK hat vorher schon mehr oder wenig zum Globalbudget ÖV gesprochen. Mir ist es einfach wichtig, an dieser Stelle der UVEK auch zu danken für die gute Zusammenarbeit. Wir sind sehr dankbar, wenn die UVEK uns Inputs liefert bei diesem Globalbudget öffentlichen Verkehr. Wir haben ja auch in der letzten Grossratssitzung einen Nachtragskredit vom Grossen Rat überwiesen bekommen. Die Finanzkommission wird sich mit diesem Nachtragskredit «auseinandersetzen müssen». Die Bedenken oder die Anregungen der UVEK in diesem Zusammenhang sind für die Finanzkommission jeweils sehr wertvoll. Besten Dank dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Raphael Fuhrer verzichtet auf ein Votum für UVEK. Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen mehr eingetragen.

Wir kommen somit zum Erziehungsdepartement, Kommissionsbericht Seite 33. Hier liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Das Wort zu diesem Departement hat zuerst Finanzkommissionspräsident Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Ich habe es bereits heute Morgen erwähnt, es ist beim ED meistens so, dass der Headcount dann steigt, wenn auch die Schülerinnen- und Schülerzahlen wachsen. Das ist bis zu einem gewissen Grad ja auch logisch, dass das so ist. Entsprechend macht dies selbstverständlich dann auch jeweils bei der Headcount-Steigerung im ED einen grossen Anteil aus.

Die weiteren Headcount-Steigerungen sind ebenfalls in unserem Bericht abgebildet. Uns ist noch wichtig hervorzuheben das Thema der Nachfolgeplanung an den Schulen. Sie haben darüber auch im Bericht unserer Kommission lesen können. Es geht hier insbesondere auch darum, dass gewährleistet ist, dass das ED ausreichend gute Nachfolgekräfte rekrutieren kann, wenn in den kommenden Jahren mit einer grösseren Pensionierungswelle bei den Lehrkräften zu rechnen ist, und dass diese neuen Lehrkräfte auch zumindest gut begleitet werden. Es ist offenbar vorgesehen, dass alle neuen Lehrkräfte durch ein schulinternes Mentoring begleitet werden. De facto ist es aber offenbar so, dass an vielen Standorten die Mentorate nicht stattfinden oder nur pro forma, so wurde es uns zumindest mitgegeben, auch aus Rückmeldungen von anderer Stelle. Wir haben die Ausführungen des ED zu diesen Mentoraten in der Finanzkommission zur Kenntnis genommen. Das Erziehungsdepartement zieht keinen Handlungsbedarf für andere Formen des Mentorats als die sogenannten schulhausinternen.

Wir möchten an dieser Stelle einfach festhalten, dass die grosse Zahl an jungen und unerfahrenen Lehrkräften sich negativ auf die Unterrichtsqualität auswirken könnte, und im Sinne des effizienten und effektiven Mitteleinsatzes scheint es uns daher sinnvoll, gezielt hier auch mehr zu investieren, um junge Lehrkräfte zu unterstützen. Angesichts der Überlastung aktiver Lehrpersonen scheint es uns daher als eine zumindest sinnvolle Option zu prüfen, ob man allenfalls auch frisch pensionierte Lehrkräfte einsetzen könnte. Das zumindest ist eine Anregung seitens der Finanzkommission.

Claudio Miozzari (SP): Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Da jetzt die Mentoratsfrage so prominent hervorgehoben wurde durch den Präsidenten der Finanzkommission kann ich gerne dazu auch im Plenum noch einmal kurz Stellung nehmen. Wir wissen leider nicht, woher die Finanzkommission ihre Informationen hat, dass Mentorate nur pro forma durchgeführt würden. Es fehlt auch eine Quellenangabe im Bericht. Wir wären sehr interessiert zu erfahren, welche Standorte das betrifft.

Wir haben seitens des Erziehungsdepartements nicht diese Erfahrung, im Gegenteil, wir wissen, dass wir für diese Mentorate schweizweit beneidet werden. Wir sind einer der einzigen Kantone oder der ganz wenigen Kantone, der das anbietet und man kann sich vorstellen, dass für eine junge PH-Abgängerin, einen jungen PH-Abgänger es ein immenser Vorteil ist, wenn man nicht einfach in eine Schule kommt und dort allein gelassen wird, sondern wenn man eine Mentorin, einen Mentor zur Seite gestellt bekommt, an den man sich wenden kann, eine Person, die präsent ist. Diese Präsenz ist natürlich ganz wichtig. Ein Mentor nützt einem nur etwas, wenn er oder sie auch da ist Und deshalb ist die Idee, pensionierte Lehrpersonen beizuziehen, für mich nicht so überzeugend. Denn entscheidend für die Qualität eines Mentorates ist eben die Nähe und die Vertrautheit mit dem konkreten Schulkollegium. Einen grossen Verdienst tragen die Lehrpersonen, die diese Mentorate anbieten im Rahmen ihres Berufsauftrags und gegen eine allerdings kleine Entschädigung. Hier ist es selbstverständlich auch wichtig, dass es nicht zu einer Überlastung führt. Wir werden also weiterhin diese Mentorate anschauen.

Wenn wir jetzt so verstanden wurden, dass da kein Handlungsbedarf besteht, dann ist das im Strukturellen grundsätzlich so, aber selbstverständlich sind wir immer bestrebt, das System weiter zu verbessern. Denn es ist einer unserer grossen Standortvorteile in der Gewinnung von Lehrpersonen und da bin ich mit der Finanzkommission ganz einig, es wird entscheidend sein in den nächsten Jahren, dass wir nicht nur genügend Lehrpersonen, sondern eben auch die besten Lehrpersonen bekommen.

Claudio Miozzari (SP): Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich für die SP Tim Cuénod zu Wort gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Im Erziehungsdepartement springt natürlich sofort das dreistellige Stellenwachstum ins Auge. Der Headcount steigt ja netto um 113,8 Stellen, über die Hälfte also des gesamten Stellenwachstums des Kantons. Als sozialdemokratische Fraktion gehören wir aber nicht zu denjenigen, die andauernd und pauschal über das uferlose Stellenwachstum lamentieren. Es gibt gute Gründe, die wachsenden Schülerzahlen sind nur einer dieser guten Gründe. Aber selbstverständlich sollte kritisch begutachtet werden, ob wir jede einzelne dieser zusätzlichen Stellen brauchen. Wir sind diesbezüglich sehr dankbar um konstruktive Anregung, am besten schon im Rahmen der Kommissionsberatung, so dass man die Dinge frühzeitig und genau anschauen kann.

Sehr positiv ist aus unser Sicht, dass in Sachen Investitionen im Bereich des Breitensportes endlich vorwärts gemacht wird. Sehr positiv ist doch, dass einige andere Fragen eben angegangen werden, wobei unsere Haltung in Bezug auf die eine



Volksinitiative, deren Umsetzung schon im Budget integriert ist, noch offen ist. Aber es ist nötig, dort relativ schnell zu handeln.

Ich wollte noch Stellung nehmen zu den Kürzungsvorschlägen. Beim Vereinsdienst will die SVP zwei Stellen streichen. Da stellt sich nur die Frage, wie Sie es genau umsetzen wollen, denn es gibt da zwei unterschiedliche Möglichkeiten, die wir beide nicht sehr positiv beurteilen. Die eine Möglichkeit ist, dass man zum Status quo ante zurückkehrt. Nur, dieser ist rechtswidrig, das heisst, dass man den Schulhausabwart weit über 42 Stunden arbeiten lässt und dadurch eine Zusatzverdienstmöglichkeit bietet. Da haben wir aber wirklich eine rechtliche Problematik. Die andere Möglichkeit ist, dass wir die Öffnungszeiten von Sporthallen einschränken. Ich kann mir zwar nicht vorstellen, dass Sie das wollen, aber das sind die beiden Möglichkeiten, wenn man beim Vereinsdienst kürzen möchte, um sicherzustellen, dass das nicht zu Problemen führt. Also entweder Rückkehr zu einem rechtlich sehr fragwürdigen Zustand oder aber Kürzung der Öffnungszeiten der Hallen.

Zur integrativen Schule wird Heidi-Mück auch für uns noch etwas sagen. Hingegen möchte ich noch Stellung nehmen zu einem Punkt, der uns besonders wichtig erscheint. Es ist die Frage der Nachfolgeplanung des Generationswechsels an den Schulen. Der wird in den nächsten Jahren sehr stark ausfallen, wir haben eine Pensionierungswelle vor uns. Wir haben auf Sek 1-Ebene heute schon über 20 Prozent Lehrerinnen und Lehrer ohne Diplom, und da ist es sehr wichtig, dass man diese Lehrkräfte gut begleitet, um dort nicht besonders starke Qualitätsverluste in Kauf nehmen zu können. Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass das Erziehungsdepartement bereit ist, diese Frage noch einmal eingehender zu prüfen, ob diese Mentorate wirklich funktionieren. Wir haben von mehreren Schulstandorten von Leuten, die jetzt vielleicht nicht öffentlich publik werden wollen, aber aussagen, dass es diesbezüglich problematisch ist. Weil es finanziell nicht attraktiv ist, sagen gerade zwar besonders engagierte Lehrkräfte «Ja ja, das mache ich schon auch noch», aber dass diese MenroeRW de facto dann häufig nicht zustandekommen oder häufig auch an der Überlastung dieser Lehrpersonen nur in einem reduzierten Mass stattfinden und dass der Zustand diesbezüglich alles andere als optimal ist. Es ist auf jeden Fall gut, wenn man diese Sachen seitens das Erziehungsdepartement ist noch immer stärker nachgeht. Wir werden selbstverständlich weiterverfolgen, wie es dort aussieht.

Was die Departements Informatik anbelangt und die Sicherheitslücken, so hat ja dAS ED einen eigenen Server. Wir sind in der Diskussion in der Fraktion eher zum Schluss gekommen, dass das keine ED spezifischen Probleme sind, die nur im ED in besonderem Mass vorhanden sind. Da gibt es ein systematisches Problem auf kantonaler Ebene, das angegangen werden muss, in Bezug auf die Sicherheit und viele andere Sachen im Bereich der Informatik.

Ich bin nicht sicher, ob wir schon über die beiden Budgetpostulate der SP-Fraktion reden und werde mich nachher noch einmal äussern.

Claudio Miozzari (SP): Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingegangen. In der zweiten Runde verzichtet der Regierungsrat und der Sprecher der Finanzkommission ebenso.

Damit kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion SVP: Es geht um die Dienststellen Zentrale Dienste Budgetbuch Kapitel 3.4.1 Seite 124. Erfolgsrechnung, Verbesserung um 162'927 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Ich nehme zunächst einmal positiv zur Kenntnis, dass sich auch die SP über den wachsenden Headcount sorgt, spannenderweise nur in bürgerlichen Departementen, aber das ist immerhin schon einmal ein Anfang.

Hinsichtlich dieses Vereinsteam haben wir tatsächlich noch offene Fragen. Wir haben letztes Jahr zwölf neue Stellen begründet. Jetzt sind es zwei neue Stellen. Das erinnert etwas an Salamtaktik. Nächstes Jahr sind es dann wieder zwei, drei Stellen. Und es wurde im Budget 2023, also im Bericht der Finanzkommission damit begründet, dass es bei den Zusatzstellen im Bereich der Abwartzlöhne zu massiven Einsparungen kommt und hier neu ein rechtmässiger Zustand geschaffen wird. Tim Cuénod hat das richtig erwähnt, der alte Zustand war rechtswidrig gemäss dem Bundesrecht oder gemäss dem Arbeitsrecht. Was mich aber dann trotzdem eine stutzig macht ist, dass im neuen Ratschlag Ausgabenbewilligung Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian eine Passage bei den Kosten zusätzliche Kosten stehen unter anderem im Bereich Hauswartung auf Basis vergleichbarer Standorte. Also bei neuen Bauten möchte man dann trotzdem wieder dieses Hauswartssystem einführen, wo man es doch auf der anderen Seite abgeschafft hat. Hier werden wir einfach das Gefühl nicht los, dass es Doppelspurigkeiten gibt. Vielleicht kann das ja der Regierungsrat dann auch noch erklären.

Ansonsten appellieren wir daran, dass man jetzt diese zwei Stellen nicht spricht und wir dann im nächsten Budget vielleicht mehr Klarheit darüber haben, welche Version wir hier genau wollen. Dann sind wir nicht grundsätzlich gegen den Vereinsdienst, aber dieses Gefühl von Doppelspurigkeit, das werden wir von der SVP-Fraktion in diesem Bereich nicht los. Dementsprechend bitte ich Sie, dem hier so zuzustimmen.



Claudio Miozzari (SP): Das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Auch wir als Finanzkommission haben von diesen zwei weiteren neuen Vollzeitstellen für den Vereinsdienst Kenntnis genommen und sind nicht zur Auffassung gelangt, dass wir diese Stellen nicht sprechen sollten.

Claudio Miozzari (SP): Der nächste Sprechende ist Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Der Fraktionsprecher der SP Tim Cuénod hat alles gesagt zu dem Thema. Es sind die rechtlichen Gegebenheiten und das Mengenwachstum, die zu diesen Mehrausgaben und zu diesen zusätzlichen Stellen führen. Ja, wir brauchen das, damit wir den Vereinsdienst in der Qualität, den wir wollen, weiterhin anbieten können. Und wenn wir dem Mengenwachstum, das ja in jeder Form positiv ist, da unsere Schulhäuser noch besser genutzt werden auch ausserhalb der Schulzeit, dann brauchen wir das. Deshalb bitte ich Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich nehme an, in der zweiten Runde verzichten der zuständige Regierungsrat und der Präsident der Finanzkommission. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der SVP.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Zentrale Dienste

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002347, 14.12.23 16:03:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben den Kürzungsantrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung. Es liegt ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion SVP vor, Dienststellen Volksschulen, Budgetbuch Kapitel 3.4.2, Seite 128. Erfolgsrechnung: Verbesserung um 2,354 Millionen Franken. Das Wort für die Antragsteller geht an Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich habe die verwegene Hoffnung, vielleicht auch die Naivität, dass dieser Antrag etwas mehr Unterstützung erfahren wird, denn es geht hier nicht um eine rein politische Frage, sondern es geht um eine Frage der Zeitverhältnisse.

Das Thema Weiterentwicklung integrative Schule ist dem Vernehmen nach jetzt zur Behandlung der BKK zugewiesen, wurde dort aber bisher noch nicht behandelt. Das heisst, selbst wenn man dort Vollgas gibt, wird man nicht vor März einen Bericht vorlegen, also unter günstigsten Voraussetzungen können wir hier im April über dieses Geschäft entscheiden, realistischer sein dürfte Mai oder Juni.

Und dann wollen wir doch tatsächlich auf das Schuljahr 2024/25 die 36 neuen Personen eingestellt haben, um das von der Regierung Geplante im Rahmen der Weiterentwicklung integrative Schule umzusetzen. Ich glaube, das ist schlicht unmöglich. Ich mutmasse, dass man den Zeitplan etwas optimistischer begutachtet hatte, als man das im Budget eingestellt hatte zu Beginn des Prozesses vor einem Jahr, aber die Realität sieht jetzt so aus, dass diese Position mit bestem Gewissen aus dem Budget entfernt werden kann, wir es dann genauso wie wir es hier beschliessen zu gegebener Zeit ein Jahr später auf das Schuljahr 2025/26 einführen und dann auch so budgetieren können. Besten Dank für ihre Unterstützung.



Claudio Miozzari (SP): Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen der Finanzkommission, diesen Antrag abzulehnen.

Wir haben das Wachstum dieser 36 neuen Vollzeitstellen für die Weiterentwicklung der integrativen Schule ebenfalls gesehen, sind aber nicht zum Entschluss gekommen, dass dies aus dem Budget gestrichen werden soll, weder ganz noch teilweise. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Im Budget finden sich zahlreiche Positionen, für die noch kein rechtskräftiger Beschluss des Grossen Rates vorliegt. Das ist aber eine angemessen vorsichtige Budgetierung, damit wir, wenn der Grosse Rat beschliesst, auch loslegen können. Das ist auch bei den Massnahmen zugunsten unserer Volksschule der Fall. Dem Regierungsrat ist die Dringlichkeit bewusst, dass wir Verbesserungen brauchen für unsere Volksschule und entsprechend möchte der Regierungsrat nach Möglichkeit bereits auf Schuljahr 2024/25 mit ersten Massnahmen beginnen. Da geht es namentlich um die Verstärkung in den Kindergärten und da ist es tatsächlich auch möglich, durchaus kurzfristig fähige Leute anstellen zu können.

Ich glaube, es wäre ein schlechtes Signal gegenüber den Schulen, wenn der Grosse Rat jetzt im Dezember 2023 signalisieren würde, dass es mit Sicherheit keine Umsetzung gibt vor Schuljahr 2025, das würde der Situation an den Schulen nicht gerecht werden. Wir sind ja beide nicht naiv, Lorenz Amiet, und es ist natürlich möglich, dass die Beratung im Grossen Rat länger geht. Es ist ja auch denkbar, dass es eine Volksabstimmung gibt. Das hängt von weiteren Entscheiden des Initiativkomitees ab. Und wenn das der Fall ist, dann wird es nicht reichen für 2024, das heisst dann aber auch, dass diese Budgetmittel selbstverständlich nicht gebraucht werden können, denn dann haben wir keine Rechtsgrundlage. Wir werden das Geld dann nicht irgendwie sonst ausgeben für etwas, was uns gerade einfällt, sondern das ist gebunden an rechtskräftige Beschlüsse des Grossen Rates.

Und ja, die Hoffnung stirbt zuletzt, ich glaube, auch der BKK ist die Dringlichkeit bewusst, auch dem Grossen Rat. Insofern habe ich immer noch die Hoffnung, dass wir mit ersten Massnahmen schon auf Schuljahr 2024/25 starten können und bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Herr Regierungsrat Conradin Cramer, nehmen Sie die Zwischenfrage von Lorenz Amiet an? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Bis wann brauchen Sie einen definitiven rechtskräftigen Entscheid des Parlaments, damit Sie es auf den Sommer 2024 umsetzen können?

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: So früh als möglich, aber wenn wir einen Entscheid hätten im Juni und die Initiative zurückgezogen wird, dann würden wir uns bemühen, bereits auf August erste zusätzliche Kindergartenlehrpersonen anzustellen, dann würden wir möglicherweise das Budget nicht in vollem Rahmen ausschöpfen können, aber erste Massnahmen könnten wir starten. Und das wäre eben gerade ein sehr wichtiges Signal an die Schulen.

Claudio Miozzari (SP): Wir kommen zu den Fraktionsvoten und hier steht Heidi-Mück für das GAB an erster Stelle.

Heidi Mück (GAB): GMan kann zur Förderklasseninitiative stehen, wie man will. Auch bei uns in den Fraktionen SP und GAB, für die ich sprechen darf, gehen die Meinungen weit auseinander. Aber das steht hier gar nicht zur Debatte. Fakt ist, dass die integrative Schule oder die Schule an sich stark unter Druck ist, dass die Lehrpersonen und die weiteren Unterstützenden in den Schulen am Limit sind und dass die Unzufriedenheit riesig ist. Deshalb auch diese Initiative. Von der Praxisseite der Lehrpersonen ist sie klar als Hilferuf zu verstehen.

Aus diesem Grund ist es völlig kontraproduktiv, hier Budgetkürzungen zu beschliessen. Ich wünschte mir sogar, dass das Geld eingestellt wird, egal ob die Initiative joder der Gegenvorschlag jetzt umgesetzt wird, denn es braucht Massnahmen, es braucht Verstärkungen für die Schule, und zwar jetzt. Wir brauchen mehr Personal und wir brauchen mehr Mittel. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.



Claudio Miozzari (SP): Für die Fraktion FDP ist David Jenny an der Reihe.

David Jenny (FDP): In aller Kürze: Ich staue schon, wie uns die SVP da mit bewusster Unkenntnis des Finanzhaushaltsrechtes beschäftigt. Ich werde vielleicht ein Budgetpostulat einreichen, der eine Nachschulung der SVP im Finanzhaushaltsrecht gewährleistet. Als Referent schlage ich den Präsidenten der Finanzkommission vor.

Claudio Miozzari (SP): Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Einfach als Antwort an Heidi Mück: Das Geld hier ist natürlich vorgesehen für die Stellen. Wenn Sie diese Stellen jetzt nicht schaffen aus den Gründen, die Regierungsrat Conradin Cramer erwähnt hat, dann gibt es auch kein Geld. Das sind Finanzmittel, die für diese Stellen eingestellt sind und für nichts anderes. Nur damit hier keine Missverständnisse entstehen.

Claudio Miozzari (SP): Wir kommen zur Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Volksschulen

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 78 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002349, 14.12.23 16:11:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben den Antrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen 9 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir kommen zum vorgezogenen Budgetpostulat Heidi-Mück. Erziehungsdepartement Dienststelle 290. Jugend, Familie und Sport. Transferaufwand Offene Kinder- und Jugendarbeit.

Es geht um 1,5 Millionen Franken. Der Regierungsrat hat das vorgezogene Budgetpostulat teilweise erfüllt mit einer Budgeterhöhung um 1,1 Millionen Franken. Budgetbuchseite 302. Hier gibt es einen Antrag der SP-Fraktion. Nicole Amacher hat das Wort.

Nicole Amacher (SP): Es ist wirklich erfreulich, dass das ED offenbar bereit ist, 1,1 Millionen mehr für die offene Kinder- und Jugendarbeit zu sprechen. Das ist eine sehr gute und wichtige Entwicklung. Was aber die Planungssicherheit und die Übersicht extrem schwierig macht, ist die Tatsache, dass der Ratschlag Mitte Dezember für die Finanzierung ab Januar 2024 bis 2027 noch immer nicht vorliegt. Da die Regierung im Schreiben nicht erwähnt, wofür die 1,1 Millionen Franken eingesetzt werden haben, hat Heidi Mück versucht, im Budgetbuch zu recherchieren, ob sie das herausfinden könnte, ist aber gescheitert. Es ist viel zu kompliziert. Es ist unübersichtlich, so kommt man nicht zum Ziel. Die Regierung hat in ihrem Schreiben auch nicht gesagt, wieso sie nicht den ganzen Spielraum offenlassen will. Das verstehen wir nicht, denn so hätte sie doch bei Bedarf die Möglichkeit, weitere Gelder zu sprechen.

Was wir aber wissen ist, dass das ED den Antrag der IG-Kinder und Jugend für eine Unterstützung des Projekts der digitalen Jugendarbeit und für das Weiterführen der Jugendapp, die übrigens auch Bestandteil des Politbalkastens ist, gar nicht erst verhandeln wollte, dies mit der Begründung, dass es zu den Aufgaben der einzelnen Anbieter gehöre, Entwicklungen zu beobachten und diese in ihre Arbeit zu integrieren und die Mitarbeiterinnen entsprechend zu schulen. Das hat uns sehr erstaunt, weil sämtliche Anträge der einzelnen Anbieter für die zusätzlichen Finanzmittel zur Stärkung der digitalen



Jugendarbeit wurden in den Verhandlungen mit dem ED mit dem Argument der fehlenden finanziellen Ressourcen leider abgelehnt.

Das ist wiederum unverständlich, denn die Regierung hat sich zur schriftlichen Anfrage von Heidi-Mück im letzten Jahr zur digitalen Jugendarbeit so geäussert: Die OKJA ist der ideale Ort, die Jugendlichen in dieser Welt zu begleiten, zu unterstützen, sie zu stärken und zu schützen. Gleichzeitig bietet der niederschwellige Rahmen der OKJA gute Bedingungen, um den Kindern und Jugendlichen auch die Chancen der Digitalisierung zu vermitteln, ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, selbst kreativ zu werden und nicht nur zu konsumieren. Der Bedarf an professioneller Begleitung der Kinder und Jugendlichen in der digitalen Welt ist gross, ebenso aber auch der Bedarf an fachlicher Begleitung der Jugendarbeiterinnen. Die digitale Kinder- und Jugendarbeit bleibt aber aufgrund nicht vorhandener personeller Ressourcen ein Randgebiet.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit die digitale Jugendarbeit eben kein Randgebiet bleibt, genau dafür war das vorgezogene Budgetpostulat gedacht, das wir gemeinsam im Februar hier mit Zweidrittelmehrheit überwiesen haben. Denn die Förderung der digitalen Jugendarbeit war explizit Bestandteil der Begründung der Erweiterung des finanziellen Spielraums für das ED, und dazu gehörte auch die Finanzierung für das Weiterführen der Jugendapp, die ich bereits erwähnte. Diese war bis anhin von Stiftungen finanziert. Diese Finanzierung läuft aber per Ende März 2024 leider aus, und wenn kein Geld vom Kanton dafür gesprochen wird, bedeutet dies das Ende der mittlerweile ganz gut genutzten Jugendapp und die, wie ich schon gesagt habe, Bestandteil des Politbaukastens ist.

Wegen der genannten Umstände beantragen wir von der SP-Fraktion die Erfüllung des gesamten Budgetpostulats. Für uns ist aber klar, dass die Summe von 1,5 Millionen nicht vollständig ausgeschöpft werden muss. Aber der Spielraum für die Ergänzung oder Erweiterungen des Ratschlags durch die Kommission kann somit erhalten bleiben. Im Namen der SP-Fraktion danke ich Ihnen für die Unterstützung.

Claudio Miozzari (SP): Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring: Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort jetzt Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet in der ersten Runde ebenfalls. Damit kommen wir zu den weiteren Fraktionssprecherinnen. Hier ist Heidi-Mück an der Reihe.

Heidi Mück (GAB): Ich danke auch Nicole Amacher für das tolle Votum und für den Antrag, den wir vom GAB natürlich auch stellen. Zuerst einmal das Positive: Der Regierungsrat unterstützt die Stossrichtung des vorgezogenen Budgetpostulats und anerkennt damit die enorm wichtige Arbeit der OKJA, die nicht erst seit Corona immer anspruchsvoller wurde. Er möchte, dass die Institutionen der OKJA für ihre wachsende Bedeutung und ihren Mehrbedarf in der Leistungsperiode 2024 bis 2027 mehr Mittel erhalten. Deshalb ist er auch bereit, das vorgezogene Budgetpostulat teilweise zu erfüllen. Das ist eine tolle Ausgangslage und wir sind auch sehr dankbar für diese Bereitschaft und für dieses Entgegenkommen.

Warum stehe ich also hier und plädiere im Namen des GAB für die vollumfängliche Erfüllung des vorgezogenen Budgetpostulats? Es ist keine Zwängerei. Der Hauptgrund und auch der riesige Haken an dieser Sache ist, dass der Ratschlag zur OKJA noch immer nicht erschienen ist. Wir wissen also nicht, wie die ordentlichen Finanzierungen der OKJA aussehen und erst recht nicht, wo die zusätzlichen Gelder hingehen. Wir beraten jetzt über das vorgezogene Budgetpostulat. Wir verabschieden auch heute das Budget 2024 und erst danach erscheint der Ratschlags notabene für die Leistungsperiode, die im 2024 beginnt. Das ist bei aller Freude über die Anerkennung der Wichtigkeit der OKJA einfach stossend.

Nicole Amacher hat es erwähnt: Ich habe versucht herauszufinden, wohin denn die 1,1 Millionen, die da versprochen werden, konkret hingehen und ich bin leider gescheitert. Ich habe das Budgetbuch angeschaut und diese Tabellen studiert und habe versucht, die Zahlen zusammenzurechnen und ich bin nicht auf die 1,1 Millionen gekommen. Das ist wirklich zum Verzweifeln, ich weiss nicht, wo das Geld hinfließt. Und dass der Ratschlag noch nicht erschienen ist, ist für die Anbieter der OKJA mit bestehenden Leistungsvereinbarungen zwar stressig, weil sie im Ungewissen sind, wie ihre Finanzierung ab Januar aussieht, doch wissen wir ja aus Erfahrung, dass in diesem Fall eine Überbrückungsfinanzierung geleistet wird. Ja, sie muss ja geleistet werden. Schliesslich können die OKJA-Anbieter ja nichts dafür, dass der Ratschlag noch nicht genehmigt wurde. Wiederum sehr stossend ist aber, dass diese Überbrückungsfinanzierung für die alten Finanzen läuft und nicht für allfällige Erhöhungen, von denen wir ja noch nichts wissen. Das ist stossend und es ist stressig, aber es ist einfach so.

Für diejenigen, die aber neue Anträge gestellt haben, ist die Situation existenziell. Ich weiss von mindestens zwei Anträgen, die gestellt wurden. Das eine ist die digitale Jugendarbeit, worüber Nicole Amacher sehr ausführlich gesprochen hat, und das zweite ist der Spielboden Klybeck. Vielleicht gibt es ja noch mehr. Zur digitalen Jugendarbeit sage ich jetzt nicht mehr viel. Mir ist auch aufgefallen, dass wir an sich eine übergeordnete Plattform schaffen wollten, die die Anbieter unterstützt, und dann wurde uns gesagt nein, das ist Sache der einzelnen Anbieter und die einzelnen Anbieter, die eingegeben haben, deren Anträge wurden abgelehnt, weil es hiess, es gebe nicht genug Geld, es gebe nicht genug Finanzmittel, der Rahmen sei zu eng. Eben deswegen habe ich ja das Budgetpostulat eingereicht.



Das und der Spielboden Klybeck sind zwei Beispiele, die in der BKK sicher noch zu reden geben. Deswegen möchte ich auch den Spielraum belassen und möchte das Budgetpostulat wirklich als Ganzes überweisen. Nicole Amacher hat das auch schon gesagt: Wir müssen nicht alle 1,5 Millionen ausgeben, aber wir möchten uns diesen Spielraum belassen, den wir dem ED gegeben haben und den es einfach nicht ausschöpfen möchte.

Ich bitte Sie, uns zu unterstützen und dieses Budgetpostulat vollumfänglich zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Heidi Mück hat begründet, dass die 1,5 Millionen mit mehr Kindern und Jugendlichen zusammenhängt, mit mehr Krisen, dass Löhne angepasst werden müssen und Kinder und Jugendliche im digitalen Raum erreicht werden sollen. Ich möchte Sie aber bitten, auch zu berücksichtigen, dass eigentlich die Tagesstrukturen schon einige Aufgaben übernehmen. Daher fallen eigentlich schon einige Aufgaben weg, und nicht nur die Aufgaben fallen weg, sondern auch die Zeit der Kinder und Jugendlichen, die in den Tagesstrukturen sind und somit die Zeit auch verkürzt wird. Somit verschiebt sich die Zeit auf den Abend oder aufs Wochenende. Und die Tagesstrukturen werden ja immer mehr aus- und aufgebaut. Daher finden wir die Aussage, dass bei allen Trägerschaften und Angeboten ein Mehrbedarf besteht, so nicht ganz schlüssig.

Erstaunt bin ich immer wieder, dass bei Jugendarbeit das Alter immer bis 25 Jahre geht. Menschen mit 25 Jahren sind meines Erachtens keine Jugendlichen mehr. Und auch von daher reduziert sich der angesprochene Kreis und somit auch die Kosten.

Sie bekamen in der letzten Periode schon 465'000 Franken mehr und ich habe mir den letzten Bericht der BKK über die OKJA angeschaut, und ich war schon sehr erstaunt, dass bei der Beantragung der Staatsbeiträge einige grosse Beanstandungen von Seiten der BKK gemacht wurden. Letztes Mal lagen zum Beispiel die Kostenrechnungen einiger Organisationen überhaupt nicht vor. Dies gab Diskussionen und die Kommission dachte in ihrem Kommissionsbericht sogar darüber nach, die Gelder erst nach Vorlage der Kostenrechnungen bereitzustellen.

Wir folgen dem Regierungsrat mit einem Betrag von 1,1 Millionen und wünschen uns einen vollständigen Ratschlag für die nächste Staatsbeitragsperiode.

Claudio Miozzari (SP): Für die Fraktion LDP hat sich Catherine Alioth gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Ich möchte daran erinnern, dass wir gestern über die Robi-Spielaktionen und über die Kindertankstellen gesprochen haben. Das ist jetzt nicht mehr im Erziehungsdepartements, sondern die Zuständigkeit ist jetzt neu im Präsidentsdepartement. Hier gibt es auch wieder eine Entlastung des Budgets. Ich finde diese 1,1 Millionen sind absolut berechtigt und möchte Ihnen empfehlen, dem Regierungsrat zu folgen.

Claudio Miozzari (SP): Als erster Einzelsprecher hat sich Bruno Lötscher-Steiger gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): An sich gehe ich mal davon aus, und ich finde das grundsätzlich richtig und sinnvoll, dass die Regierung ihre Arbeit gemacht hat. Sie hat geschaut, wo ein Bedarf ist und hat 1,1 Millionen als Bedarf erkannt. Auf der anderen Seite hat der Grosse Rat im letzten Jahr gesagt, dass er gerne bei der ausserschulischen Jugendarbeit etwas mehr Mittel zur Verfügung stellen möchte. Da ist jeder Franken sinnvoll investiert, denn es gibt keine bessere Präventionsarbeit als Jugendarbeit. Wenn der Regierungsrat nun diese Mittel nicht ausschöpfen möchte, ist das in einem ersten Schritt haushalttechnisch gesehen zwar löblich, insgesamt finde ich das aber trotzdem falsch.

Ich möchte Sie bitten, dem Regierungsrat weiterhin die Ermächtigung zu geben, den Verhandlungsspielraum zu behalten und diese 1,5 Millionen dort einzusetzen, wo er den Bedarf erkennt. Wir tun damit etwas Sinnvolles, losgelöst von den normalen Links-rechts-Schemen, weil es um Jugendliche und um Jugendarbeit geht. Wenn wir dort investieren, investieren wir in die Zukunft.

Claudio Miozzari (SP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrat Conradin Cramer für den Regierungsrat.



RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Der Ratschlag kommt in den nächsten Wochen. Es ist uns natürlich auch bewusst als Regierungsrat, dass das jetzt eilt. Es geht ja schon um die Periode ab 2024. Auch die Überbrückungsfinanzierung, die Heidi Mück erwähnt hat, ist aufgegleist und ich bin da sehr optimistisch, dass die auch kommt. Selbstverständlich bezieht sich die Überbrückungsfinanzierung auf die Leistungen, die der Grosse Rat beschlossen hat für die laufende Leistungsperiode, alles andere wäre eine Missachtung des Parlaments. Also das ginge ja nicht, dass man jetzt quasi schon im Vorgriff mehr gibt als Überbrückung.

Nun, der Regierungsrat schlägt vor, das Budget für die Offene Kinder- und Jugendarbeit um 1,1 Millionen zu erhöhen und wir reden hier von einer Erhöhung von jetzt 8 Millionen auf 9,1 Millionen. Das ist enorm, das ist mehr als substanziell. Wenn man vergleicht, wie sonst Erhöhungen in Bereichen passieren, die auch sehr wichtig sind, die auch vom Bevölkerungswachstum betroffen sind, wo es auch Brennpunkte gibt, dann glaube ich, darf man auch als OKJA-Verbandspräsidentin hier mehr als zufrieden sein. Ich habe auch die Zufriedenheit herausgehört aus ihren Voten, aber vielleicht ist es dann auch der Moment, um einzuschwenken und zu sagen, das ist jetzt doch derart substanziell, dass wir den Bogen nicht weiter spannen möchten.

Klarerweise, das wissen Sie ja auch, wenn der Ratschlag kommt, ist es dem Grossen Rat alles andere als verboten, noch zusätzlich Anträge zu stellen und die Erfahrung gerade im Bereich OKJA zeigt ja, dass solche Anträge auch gestellt werden. Ich glaube, wir werden Ihnen eine substanzielle Erhöhung mit dem Ratschlag vorschlagen, die hoffentlich auf breiten Konsens stösst. Entsprechend bitte ich Sie, es jetzt sozusagen gut sein zu lassen mit dieser wirklich sehr substanziellen Erhöhung.

Claudio Miozzari (SP): Joël Thüring verzichtet auf ein Votum für die Finanzkommission. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Vorgezogenes Budgetpostulat Heidi Mück und Konsorten

JA heisst teilweise Erfüllung gemäss Antrag RR, Nein heisst volle Erfüllung gemäss Antrag SP

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 53 Nein, 4 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002351, 14.12.23 16:30:03*]

Der Grosse Rat beschliesst

Das Budgetpostulat voll zu erfüllen

Claudio Miozzari (SP): Sie haben sich für die volle Erfüllung entschieden mit 53-Neinstimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Das vorgezogene Budgetpostulat ist damit erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Vorgezogenes Budgetpostulat Barbara Heer, Erziehungsdepartement Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personalaufwand (Frühschwimmen in Gartenbädern)

Fr. 80'000

Der Regierungsrat hat das Vorgezogene Budgetpostulat teilweise erfüllt mit einer Budgeterhöhung von 65'000 Franken.

Budgetbuch Seite 301

Gibt es Anträge? Das ist nicht der Fall

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Budgetpostulat ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Vorgezogenes Budgetpostulat Barbara Heer, Erziehungsdepartement Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personalaufwand (Öffnungszeiten in Gartenbädern)



Fr. 50'000

Der Regierungsrat hat das Vorgezogene Budgetpostulat teilweise erfüllt mit einer Budgeterhöhung von 40'000 Franken.

Budgetbuch Seite 300

Gibt es Anträge? Das ist nicht der Fall.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Budgetpostulat ist erledigt.

Joël Thüring (SVP): Hier kann ich es sehr kurz machen. Wir haben keine weiteren Anmerkungen zu machen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet.

Es liegt ein weiterer Änderungsantrag vor, auch von der Fraktion SVP. Dienststellen Generalsekretariat FD. Budgetbuch Kapitel 3.5.1. Seite 150. Erfolgsrechnung Verbesserung um 400'000 Franken. Der Antragsteller Lorenz Amiet hat das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn Sie jetzt alle kurz machen, versuche ich es auch kurz zu machen und ich werde die nächsten beiden Anträge gleich in aller Kürze begründen.

Es geht einmal mehr um Stellenwachstum. Es geht einmal mehr darum, das Wachstum etwas einzudämmen, also nicht um Kürzungen, und es geht um zwei Bereiche der Informatik. Ich zitiere unsere Finanzdirektorin: Man wird ineffizient, wenn man zu viel Geld hat. Genau diese Befürchtung haben wir in diesen beiden Bereichen. Zudem kommt dazu, dass wir beim nächsten Antrag eine Stelle schaffen sollen für einen Digital Enabler

Digital Enabler heisst eine strategische Position in der Informatik. Und ob die strategischen Positionen in der Informatik wirklich in der Personalabteilung sitzen soll oder nicht doch besser in ITBS ist eine Frage, die wir uns in der SVP schon gestellt haben. Wir beantragen Ihnen also, diese drei Stellen zu kürzen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen der Finanzkommission, diese beiden Anträge der SVP-Fraktion abzulehnen.

Wir haben diese neuen Stellen, die im FD eingestellt sind, so zur Kenntnis genommen und waren nicht der Ansicht, dass diese ungerechtfertigt sind. Ich bitte Sie deshalb, beide Anträge entsprechend abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich verstehe Lorenz Amiet und die SVP in ihrer Begründung, dass sie sagt, es seien zu viel Stellen und dass sie versucht einzelne zu kürzen. Das kann ich ja nachvollziehen, das ist auch sonst manchmal mein Job. Aber ich möchte Ihnen einfach sagen, bei der Digitalisierung sind wir jetzt sehr ressourcenschonend unterwegs. Wir haben nämlich ein Digital Lab gegründet. Da gibt es mittlerweile etwa 90 Mitarbeitende aus dem Kanton, die bereits angestellt sind, die dort mitarbeiten, ihre Zeit einbringen und zusammen an der Digitalisierung arbeiten. In Basel-Landschaft hat man 58 neue Stellen geschaffen, in Zürich 96 Stellen, der Kanton Graubünden schafft 46 neue Stellen und dort hat gemäss meinem Regierungsratskollegen die SVP sogar noch einen Erhöhungsantrag gestellt. Ich glaube, wir sind mit unserem CDO und diesen zwei Stellen sehr ressourcenschonend unterwegs.

Ich wäre dankbar, wenn Sie bei diesem Antrag die Streichung ablehnen würden, ebenso beim zweiten Antrag betreffend Digital Enabler. Sie haben Recht mit der Frage, warum nicht bei IT. Wir haben bei unseren HR-Themen einen Digitalisierungsrückstand. Wir sind da noch fast in der Steinzeit. Wir haben keine digitalen Dossiers. Wir erhalten immer noch den monatlichen Lohnauszug auf Papier. Wir liegen da leider sehr zurück. Wir müssen da vorwärtsmachen. Wir brauchen die Unterstützung auch bei den Prozessen. Dafür ist diese Stelle gedacht, wir brauchen jemanden, der uns dort unterstützt.

Ich bitte Sie, beide Kürzungsanträge abzulehnen, damit wir hoffentlich das Budget auch noch in diesem Jahr verabschieden können.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eingetragen als Einzelsprecherin hat sich Michela Seggiani

Michela Seggiani (SP): An die SVP: Sie können nicht auf der einen Seite immer nach Digitalisierung rufen, und wenn es dann gemacht wird es nicht bezahlen wollen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag von der SVP abzulehnen. Es ist wichtig, dass dieses Projekt jetzt weitergeführt wird und fortgesetzt werden kann. Es sind zwei Stellen, nicht 20. Und mit dem zweiten Antrag sind es drei Stellen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Generalsekretariat FD
JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002353, 14.12.23 16:38:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen bei 9 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung. Wir kommen zum zweiten Änderungsantrag der Fraktion SVP. Dienststellen Human Resources Basel-Stadt. Budgetbuch Kapitel 3.5.6, Seite 164. Erfolgsrechnung. Verbesserung um 180 Millionen.

Der Antragsteller hat vorhin schon begründet. Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüning. Er verzichtet, Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldung eingetragen. Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Human Resources Basel-Stadt
JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 79 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002355, 14.12.23 16:39:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen bei 10 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement. Kommissionsbericht Seite 39. Das Wort zu diesem Departement hat Joël Thüning für Finanzkommission. Er verzichtet. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.



Wir kommen zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Kommissionsbericht Seite 42. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP sowie ein Änderungsantrag von Eric Weber vor.

Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Das Wort hat für Finanzkommission hat Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir haben heute morgen bereits als Finanzkommission unser Unbehagen in Bezug auf den Spiegelhof, auf diese Sanierung zum Ausdruck gebracht. Uns ist wichtig, auch noch eine zweite grosse Herausforderung an dieser Stelle zu adressieren. Das ist die Situation bei der Sanität und der Feuerwehr.

Wir haben uns über die Situation in diesem Bereich informieren lassen und der Kommandant Rettung, der für die Dienststellen verantwortlich ist, zeigte auf, dass es seit 2019 eine permanente Steigerung der Einsatzzahlen gibt. Sie sehen das auch im Bericht abgebildet. Bei der Sanität war das Wachstum vor Corona bei konstant 2,5 Prozent. Das lässt sich mit der Alterung der Bevölkerung, der Spezialisierung der Spitäler und so weiter sehr gut erklären. Nach Corona sei nun ein Anstieg um 9,5 Prozent erfolgt, was mit einem Nachholeffekt zu erklären sei. Eine anschliessende Normalisierung ist nicht eingetroffen und auch das Einsatzvolumen der Sanität habe innerhalb von zwei Jahren um 25 Prozent zugenommen, bei der Feuerwehr sei die Anzahl der Einsätze um rund 28 Prozent gestiegen. Die Gründe dafür seien unklar. Und als zusätzliche Herausforderung wurde auch der Fachkräftemangel adressiert. Bei der Sanität beispielsweise rechnet man per 1. Januar 2024 mit 22,3 offenen Vollzeitstellen, was 22,5 Prozent der Belegschaft ausmacht. Auch bei der Feuerwehr gestaltet sich die Stellenneubesetzung schwierig.

Auf diese herausfordernde Situation versucht man selbstverständlich auch entsprechend zu reagieren. Das ist aber durchaus auch nicht ganz einfach. Diese Massnahmen alleine würden auch nicht ausreichen, wenn die Arbeitsplatzattraktivität nicht insgesamt gesteigert werden könnte. Sonst hat die Situation auch Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in der Region, insbesondere bei der Sanität. Wir haben ja gehört, es wird ab 2024 ein zusätzliches Team bei der Sanität eingesetzt. Man geht aktuell davon aus, dass dann in den Jahren 2025 bis 2027 kein weiterer Personalbedarf notwendig sei, sofern die Einsatzzunahme sich wieder bei etwa 2,5 Prozent einpendeln bei der Sanität. Bei der Feuerwehr werde zurzeit der personale Mehraufwand durch die Einsatzzunahme überprüft.

Die gemeinsame Einsatzzentrale der Rettung ist ja in diesem Jahr in Betrieb gegangen und bei der Planung wurde identifiziert, dass es weitere Querschnittaufgaben gibt und diese auch zusammengelegt werden können. Diese werden in einem neuen Bereich Einsatzunterstützung zusammengefasst. Ein zusätzlicher Personalbedarf diesbezüglich fliesse in den Budgetprozess 2025 ein.

Uns ist wichtig festzuhalten, dass also nicht nur in Anführungszeichen bei der Kantonspolizei ein gewisses Problem besteht, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu besetzen, die entsprechenden Fachkräfte oder Arbeitskräfte zu finden, sondern eben auch bei Sanität und Feuerwehr. Das ist natürlich auch im Kontext der Diskussion über diese doch sehr stark ansteigenden Einsatzzahlen und den Herausforderungen, die in diesem Departement in diesem Bereich anstehen, sicherlich beachtungs- und berücksichtigungswürdig.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Angemeldet hat sich Thomas Gander für die Fraktion SP.

Ich möchte versuchen, anhand einer Präsentation Ihnen Einblick in die Ohnmacht eines Finanzkommissionsmitglieds Einblick zu gewähren. Sie sehen hier zwei Grafiken. Die eine stammt aus dem Ratschlag von 2016, als wir für den Spiegelhof die 49 Millionen Franken bewilligt haben, die andere stellt die Situation heute dar, wo das Projekt 100 Millionen Franken kostet. Die Farben haben sich leicht verändert und verschoben. Es ist wichtig, dass wir kurz darauf eingehen.

Im Ratschlag von 2016 heisst es ganz klar, dass gleichzeitig auch der Bestandesbau technisch und baulich in Stand gesetzt wird, weiter dass der Spiegelhofkomplex teilsaniert wird und einige Einrichtungen den heutigen Normen nicht entsprechen und auch einige Anforderungen an eine Sicherheitsorganisation nicht vollständig erfüllen. Es wird verwiesen auf die Gebäudetechnik, Energieversorgung und auch auf die Lüftung und Kühlung. Es ging damals um den ganzen Komplex.

2011 wurde ein Vorprojekt erstellt, das 2014/15 fertiggestellt wurde. Ein paar Jahre später ist die FKom in der Lage, dauernd neue Investitionsvorhaben als gebunden deklarieren zu müssen, weil es um das Projekt geht, das wir nicht stoppen können.

Thomas Gander (SP): Ich möchte versuchen, anhand einer Präsentation Ihnen Einblick in die Ohnmacht eines Finanzkommissionsmitglieds Einblick zu gewähren. Sie sehen hier zwei Grafiken. Die eine stammt aus dem Ratschlag von 2016, als wir für den Spiegelhof die 49 Millionen Franken bewilligt haben, die andere stellt die Situation heute dar, wo das Projekt 100 Millionen Franken kostet. Die Farben haben sich leicht verändert und verschoben. Es ist wichtig, dass wir kurz darauf eingehen.



Im Ratschlag von 2016 heisst es ganz klar, dass gleichzeitig auch der Bestandesbau technisch und baulich in Stand gesetzt wird, weiter dass der Spiegelhofkomplex teilsaniert wird und einige Einrichtungen den heutigen Normen nicht entsprechen und auch einige Anforderungen an eine Sicherheitsorganisation nicht vollständig erfüllen. Es wird verwiesen auf die Gebäudetechnik, Energieversorgung und auch auf die Lüftung und Kühlung. Es ging damals um den ganzen Komplex.

2011 wurde ein Vorprojekt erstellt, das 2014/15 fertiggestellt wurde. Ein paar Jahre später ist die FKom in der Lage, dauernd neue Investitionsvorhaben als gebunden deklarieren zu müssen, weil es um das Projekt geht, das wir nicht stoppen können. Die Argumentation ist immer die gleiche. Es geht immer um diesen Bestandesbau, bei dem Untersuchungen ergeben haben, dass gravierende Mängel bestehen vor allem im Bereich der Entwässerung, der Wasserversorgung, der Heizungsverteilung, des Brandschusses, also genau in denjenigen Bereichen, welche gemäss Vorprojekt für 50 Millionen instandgestellt werden sollten.

Das geht einfach so nicht. Was sind das denn für Vorprojekte? Wir haben hier eine hundertprozentige Kostenüberschreitung, beim Biozentrum haben wir in der Summe mehr, nämlich 100 Millionen, aber es war eine Kostenüberschreitung von 33 Prozent. Damals haben wir eine PUK eingesetzt, die zum Schluss kam, dass es zwischen Besteller und ausführendem Departement Unstimmigkeiten respektive eine schlechte Absprache gab. Und das ist hier genau auch der Fall. Ich meine ich muss mein Votum nicht nur an das JSD richten sondern auch an das BVD und zurückfragen, wie man so etwas verantworten kann. Wie kann man so einen Ratschlag für 50 Millionen in ein Parlament bringen, wenn der Betrag ein paar Jahre später um 100 Prozent zunimmt, wobei es um den genau gleichen Bau geht. In der FKom können wir diese neuen Ausgaben nicht einfach als neue Ausgaben deklarieren., um noch einmal darüber zu beraten. Aber es gibt ja gar nichts zu beraten, denn der Bau muss ja ausgeführt werden. Wir können ja nicht einen Baustopp verfügen.

Und so müssen wir in Salamtaktik step by step die Beiträge erhöhen, bis wir schlussendlich eine hundertprozentige Kostenüberschreitung haben, die nie vom Parlament abgesehen wurde. Das Projekt wurde in dieser Grössenordnung nie von diesem Parlament abgesehen. Das geht einfach nicht. Das ist unsorgfältige Arbeit. Hier muss sowohl der Besteller, das JSD, aber auch der Durchführer, im 3 Rollenmodell das BVD, dazu Stellung beziehen und hier bessere Arbeit leisten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Voten mehr eingetragen. Als Einzelvotum hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte in Absprache mit Regierungsrätin Stephanie Eymann einfach kurz reagieren. Es ist eine Thematik, die auch Joël Thüring schon kurz aufgenommen hat. Ich verstehe den Ärger, wenn bei alten Ratschläge die Kosten höher werden. In diesem Fall müssen wir sagen, dass er sieben Jahre alt ist, und die Normen verschärfen sich tatsächlich. Wir möchten sicherstellen, dass wir auch keine Chancen verpassen. Wenn wir merken während eines Projekts, dass es Verbesserungsmöglichkeiten gibt, dann möchten wir diese Chancen auch nutzen.

Ich denke, die Finanzkommission hat sehr wohl Kompetenzen. Wir möchten das rechtzeitig bringen, nicht wenn das Geld schon ausgegeben ist, sondern dann, wenn Entscheide noch gefällt werden können. Das ist unsere Ambition, das rechtzeitig zu Ihnen zu bringen. Sie können dann analysieren, ob Sie der Meinung sind, ob diese Verbesserungen gerechtfertigt sind oder nicht. Gewisse Kosten entstehen aus der Teuerung, gewisse Kosten sind aber auch dem geschuldet, dass man Chancen nutzt und veränderte Rahmenbedingungen antrifft.

Es ist uns sehr wichtig, wir müssen darauf achten, dass rechtzeitig zu Ihnen zu bringen. Es gibt einen Unterschied zu früheren Fällen, als man dann viel zu spät zu Ihnen kam, als dann wirklich nichts mehr zu ändern war. Gerade beim Spiegelhof ist es eine Schwierigkeit, dass es sich um einen laufenden Betrieb handelt mit hohen Sicherheitsanforderungen. Das macht es zusätzlich schwierig.

Aber um nochmals den Bogen zu schliessen zum BVD: Wir sind uns sehr bewusst, dass wir gerade bei der Bestellung, und das ist der wichtige Punkt, zu einem frühen Projektzeitpunkt wirklich sicherstellen, dass wir alle nötigen Bestellungen und Anforderungen kennen. Denn es kommt immer sehr teuer zu stehen, wenn wir die Anforderung während dem laufenden Projekt verändern. Das darf nicht bedeuten, dass man nicht während dem laufenden Projekt je nachdem noch was justiert, um nicht etwas zu bauen, das schon wieder überholt ist, aber wir müssen früh kommen und die Bestellung wirklich solide machen. Da werden wir an Sie, an das Parlament gelangen mit Vorschlägen, wie wir das künftig verbessern können.

Es war mir einfach wichtig, das nochmal kurz aufzunehmen und nochmals zu sagen, dass die Finanzkommission sehr wohl Möglichkeiten, hat das sich das genau anzuschauen, denn wir möchten jeweils früh genug kommen mit diesen Dingen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Raoul Furlano und die andere von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie werden eingenommen. Raoul Furlano hat das Wort.



Raoul I. Furlano (LDP): Ich kann fast alles, was Sie gesagt haben, nachvollziehen. Können Sie sich aber vorstellen, dass mich das fast schon aufregt und nervt, wenn Sie sagen, die Normen hätten sich verändert? Das stimmt doch einfach nicht. Wie mein Vorredner gesagt hat, waren die Normen vor sieben Jahren bereits klar, man hat es einfach nicht begriffen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Doch, die Normen verändern sich tatsächlich, beispielsweise bezüglich Energieeffizienz, aber auch bezüglich anderer Bereiche. Die Normen, und ich beziehe mich hier auf die SIA-Normen, verändern sich.

David Jenny (FDP): Wenn ich den Begriff Verbesserungen höre, dann denke ich an neue Ausgaben. Liege ich da finanzrechtlich völlig falsch?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die finanzrechtliche Frage müsste ich Ihnen überlassen, aber ich spreche jetzt nicht einfach von Änderungen, weil es dann noch ein bisschen besser wäre, sondern wirklich von Veränderungen im Projekt, Justierungen, die dem ursprünglichen Zweck entsprechen. Sie müssen dann beurteilen, ob dies gebundene oder ungebundene Ausgaben sind.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wenn ich das jetzt so höre, habe ich das Gefühl, dass eine Projektverzögerung eine Chance ist, um das Projekt anzupassen. Ist das wirklich das, was ich vorhin gehört habe?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Nein, im Gegenteil. Ich glaube, dass längere Projektlaufzeiten problematisch sind, weil eben sich die Ausgangslage wieder verändert, beispielsweise die Zahl der Mitarbeitenden, an Teams und dadurch eben auch an die Anforderungen und an die Räume. Ziel muss es also sein, schneller zu werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat der Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich danke Regierungsrätin Esther Keller für die Stellungnahme im Drei-Rollen-Modell. Ich würde mich auf die anderen vom Präsidenten der FKom angesprochenen Punkte beschränken und kurz darauf eingehen, insbesondere auch auf die Belastungssituation, die wir bis anhin immer nur seitens Kantonspolizei geschildert bekommen haben, aber die doch auch sehr wohl die anderen Blaulichtorganisationen unmittelbar betrifft. Deshalb auch dieser Antrag im Budget, mit dem wir ein weiteres Sanitätsteam beantragen, wohl wissend, dass es auch nicht mehr ganz so einfach ist, die geeigneten Personen, Mitarbeitende zu finden und auszubilden auf diesen Beruf.

Aber es ist insgesamt schon so, dass es mir und uns Sorgen macht, dass diese Einsatzzahlen derart hoch sind und wir das nicht wirklich erklären können. Wir sind zwar daran, das zu monitoren und zu schauen, woran es liegt, dass wir doch derart höher sind als in der Prognose, die ein Wachstum um zweieinhalb Prozent aber nicht um 20 Prozent vorsah. Das ist massiv und es schon wichtig, dass wir in unserem Kantonsgebiet auch die Einsatzzeiten, die Hilfsfristen einhalten können. Dementsprechend werden wir dieser Thematik nur dann Herr, wenn wir auch genügend Personal haben. Aber die Thematik ist tatsächlich eine grössere, da gebe ich dem Präsidenten der Finanzkommission recht. Es hängt natürlich unmittelbar auch zusammen mit dem Thema Fachkräftemangel und Attraktivität des Arbeitgebers. Das werden wir ebenfalls gesondert im Auge behalten.

Vielleicht noch ein Wort. Jemand hat eingangs im allgemeinen Votum gesagt, dass die Polizei schon wieder etwas anderes plane. Ich möchte nur richtigstellen, der Spiegelhof ist nicht ein Kantonspolizeigebäude. Auf jeden Fall der Spiegelhof ist nicht ein reines Kantonspolizeigebäude, das das klingt immer so, Spiegelhof gleich Polizeidepartement. Da sind ganz viele andere Einheiten der des Justiz- und Sicherheitsdepartements beheimatet. Es ist also nicht so, dass wir jetzt da einen verzögerten Umbau haben und schon wieder etwas Neues planen. Dem ist nicht so. Wenn Sie etwas in die Richtung geht, wie die Finanzkommission es im Bericht angesprochen hat, dann werden wir das natürlich zuerst auch abholen, ob es in diese Richtung gehen soll oder nicht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Wort.



Joël Thüring (SVP): Sie haben jetzt eine lebendige Diskussion zu diesem Thema erleben dürfen. Thomas Gander hat es aus meiner Sicht auch als Mitglied der Finanzkommission sehr gut auf den Punkt gebracht. Ich muss jetzt schon auch noch einmal ein bisschen nachhaken und an die Adresse des Regierungsrates appellieren. Diese Beurteilung des finanzrechtlichen Status macht ja nicht David Jenny, sondern die Finanzkommission. Aber wir waren natürlich in der Vergangenheit schon etwas überrascht über die nicht sehr detaillierte Begründung, weshalb es nun zu einer Verteuerung kommt. Und so viel kann ich aus der Finanzkommission verraten, wir haben in letzter Zeit auch angefangen detaillierter nachzuhaken. Das ist kein Vorwurf an die Adresse des Regierungsrates. Aber wir wollen schon wissen, weshalb ein Projekt plötzlich 50 Millionen Franken teurer ist. Das hat Thomas Gander in seiner Präsentation ja bildlich und sehr gut dargestellt. Vielleicht sind wir auch als Lehre aus dem Biozentrum heute etwas alarmierter und fragen genau nach. Wir wünschen uns auch von der Regierung – und ich behaupte sagen zu können, es ist besser geworden –, dass wir konkrete und detaillierte Informationen erhalten. David Jenny, Sie müssen sich das so vorstellen: Wir bekommen teilweise einige Tage vor der Finanzkommissionssitzung eine Liste zur Beurteilung des finanzrechtlichen Status. Wenn wir sagen, es ist gebunden, dann winken wir je nach Sitzung ja XY Millionen durch. Wir sind schon auch darauf angewiesen, dass die Informationen, die uns zur Verfügung gestellt werden, möglichst vollständig sind, weil wir ja auch eben wissen, dass dieses Problem der verteuerten Bauten im Kanton Basel-Stadt in der Vergangenheit kein all zu kleines war.

Aber ich glaube, der Regierung ist bewusst, dass dem Parlament dieses Anliegen der präziseren Planung sehr wichtig ist und die Regierung macht jetzt auch in Bezug auf diese Überprüfung des Drei-Rollen-Modells vermutlich das Wesentliche, um das etwas besser in das Parlament zu bringen. Aber es ist natürlich so, wenn der Finanzkommission ein Antrag vorgelegt wird, das als gebunden zu bezeichnen und wir dann entscheiden würden, es ist neu, dann muss es zuerst in dieses Parlament und dann gibt es je nachdem sogar einen Baustopp. Und der wäre dann wahrscheinlich am Schluss des Tages teurer und unnötiger als wenn wir tatsächlich daran festhalten, dass es finanzrechtlich gebunden ist.

Aber wir haben die Hoffnung, um so versöhnlich zu enden, dass dies in Zukunft besser wird und vielleicht ist dieser Spiegelhof auch noch eine eine Planung nach altem Geist des Regierungsrates.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Änderungsanträgen. Erster Antrag ist von der Fraktion SVP Dienststellen Bevölkerungsdienste und Migration. Budgetbuch Kapitel 3.7.6, Seite 212. Erfolgsrechnung Verbesserung um 429'800 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Es gibt diese Neuorganisation im Justizvollzug und es gibt einen dementsprechenden Ratschlag, der jetzt in der JSSK ist. Wir haben eine ähnliche Diskussion wie bei den Förderklassen. Der Bericht ist in der JTSSK, bis er ins Parlament kommt, wird es März, bis die Referendumsfrist abgelaufen ist Sommer und dann kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Neuorganisation noch in diesem Jahr umgesetzt wird. Dementsprechend muss es auch nicht zwingend ins Budget.

Neben dieser formellen Frage stellen wir hier auch inhaltliche Fragen. Wir hatten in den letzten Jahren Personalmangel im Bereich Sicherheit. Gleichzeitig möchte man hier jetzt eine grosse Einlagerung machen und hier Ressourcen für das aufkommen lassen. Wenn ein Security an einem Morgen oder vor allem für einen Schichtenbetrieb ausfällt, dann ist es die private Sicherheitsfirma, die dann einen Ersatz zur Verfügung stellt. Wenn wir jetzt das Insourcen, dann ist der Staat verantwortlich. Also hier stellen wir uns auch inhaltlich die Frage, ob der aktuelle Zeitpunkt, wo wir von Personmangel reden, wirklich der richtige ist. Wir stellen das nicht generell in Frage. Man muss es dann auch innerhalb der JSSK, mit unseren Sicherheitsexperten, diskutieren. Dann stellen wir im Grossen Rat auch einen entsprechenden Antrag auf Ja oder Nein. Aber man sollte sich die Fragen durchaus stellen. Nebenbei das Formelle, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass dies noch 2024 in Kraft tritt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, den Antrag der SVP abzulehnen. Tatsächlich hat die Finanzkommission sich diese Frage auch gestellt. Wir hören immer wieder, dass es zu Personalengpässen kommt und wenn man etwas outgesourct hat, dann hat das natürlich den Vorteil, dass der Outgesourcte dafür verantwortlich ist, diese Ressourcen trotzdem zur Verfügung zu stellen.

Das wird aber eine Diskussion sein, die wir politisch führen müssen, wenn der JSSK-Bericht zu dieser Idee des Regierungsrates vorliegt. Deshalb hat sich die Finanzkommission damit auch nicht inhaltlich auseinandersetzen wollen. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte auch nicht inhaltlich auf den Ratschlag eingehen. Es ist richtig, dass dieser Ratschlag noch in der politischen Pipeline ist, dass wir den erst beraten werden. Das ist eine klassische politische Fragestellung.

Aber ich denke, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist. Hier geht es wirklich darum, warum wir dies bereits ins Budget eingestellt haben. Wenn wir diesen Ratschlag noch im 2024 verabschieden werden und er vom Parlament angenommen würde, braucht es doch eine gewisse Zeit, bis wir rekrutieren können. Wir wären einfach entsprechend schneller, wenn wir das im Budget schon eingestellt haben.

Wir haben auch nicht den ganzen Betrag eingestellt. Wir haben einen Teilbetrag eingestellt, der realistisch wäre dann im 2024 noch zu realisieren. Das Einstellen ins Budget ist noch keine Ausgabenbewilligung. Also der Ratschlag ist zwingend. Erst wenn der angenommen wird, wäre es überhaupt möglich, Geld auszugeben. Insofern vergibt man sich nichts, wenn das Budget bereits jetzt eingestellt würde.

Es ist auch nicht so, dass bei Gutheissung des Kürzungsantrags wir die ganzen 1,7 Millionen einfach einsparen, sondern im Gegenteil, wir würden lediglich etwa 400'000 Franken einsparen insgesamt, weil ich dann den Personalbedarf wieder herunterfahren müsste, den ich für Insourcing brauche, aber parallel auch den Sachaufwand wieder hochfahren müsste für das Einkaufen der Security-Leistungen. Insofern ist also das Sparpotenzial hier nicht riesig

Aber das einfach zum Hintergrund, mit dem jetzigen Entscheid wird noch kein Geld ausgegeben, es kommt die politische Diskussion über den Ratschlag, im Gutheissungsfalle eine Ausgabenbewilligung, und dann könnten wir rekrutieren und das etwas in in einer kürzeren Zeit. Und deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststellen Bevölkerungsdienste und Migration

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

6 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002358, 14.12.23 17:04:55]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 85 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Nächster Änderungsantrag ist von Eric Weber. Dienststellen Kantonspolizei, Budgetbuch Kapitel 3.7.4, Seite 205.

Erfolgsrechnung Verbesserung um 39'502'650 Franken.

Der Antragsteller Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich begründe das ganz sachlich und es liegt auf Ihrem Tisch. Die Polizei kommt nicht bei verbotener Demonstration vor das Rathaus Basel. Es heisst nun, Missbrauch von Notruf. Darum stelle ich diesen Kürzungsantrag und es braucht keine Polizei.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum. Die Regierungsrätin ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag Eric Weber betreffend Dienststelle Kantonspolizei

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 82 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002360, 14.12.23 17:07:06]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Änderungsantrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 82 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

Wir kommen zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Kommissionsbericht auf Seite 47. Hier liegt ein Änderungsantrag von Eric Weber vor.

Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach den Änderungsantrag. Das Wort hat Finanzkommissionspräsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Nur ganz kurz, denn wir haben es heute morgen schon gehört. Das WSU hat uns am Hearing diese Optimierungspotenziale bei KESB, ABES und KJD, das im ED ist, vorgestellt. Wir sind sehr gespannt, wie sich das dann entwickelt. Wir haben wirklich auch den Eindruck gewonnen am Hearing, dass das sehr kompetent und gut aufgeleitet ist und werden das weiterverfolgen. Aber wir sind sehr zuversichtlich, dass hier die wichtigen Massnahmen im WSU auch eingeleitet und angegangen worden sind.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Änderungsantrag von Eric Weber.

Dienststellen Sozialhilfe. Budgetbuch Kapitel 3.8.4, Seite 231

Erfolgsrechnung Verbesserung um 8 Millionen.

Antragsteller ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe gesagt, in der Ukraine ist der Krieg nur im Osten des Landes. Ich bin dort gewesen im Sommer 2022 für drei Wochen und das möchte ich einfach einmal festgehalten haben, dass es dann doch nicht okay ist, wenn vom ganzen Land Leute kommen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum. Regierungsrat Kaspar Sutter ebenso. Wir kommen zur Abstimmung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.



Wir kommen zu den Gerichten. Kommissionsbericht Seite 50. Das Wort zu den Gerichten hat zuerst Finanzkommissionspräsident Joël Thüring. Er verzichtet. Der Vorsitzende des Gerichtsrates verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zu den Behörden und Parlament. Kommissionsbericht Seite 53. Joël Thüring verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Regierungsrat. Kommissionsbericht Seite 53. Hier liegt der Änderungsantrag der Finanzkommission zum Teuerungsausgleich der Personalkosten vor.

Wir kommen zur allgemeinen Debatte zu diesem Departement. Sobald diese abgeschlossen ist, erhalten die Antragsteller das Wort und wir führen eine Debatte zu den einzelnen Anträgen. Das Wort hat zuerst Finanzkommissionspräsident Joël Thüring.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Er verzichtet. Für den Regierungsrat hätte Regierungsrätin Tanja Soland das Wort. Sie verzichtet ebenso. Als Einzelsprecher hat sich eingetragen Oliver Bolliger und hat das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bin nicht ganz sicher, ob ich jetzt zum richtigen Zeitpunkt komme, aber ich mache es jetzt einfach trotzdem, auch wegen der Zeit. Das GAB möchte ein kurzes Votum zum Antrag der Finanzkommission halten.

Wir verstehen, dass die Finanzkommission und der Regierungsrat das Budget 2024 aufgrund der tieferen Teuerung im Monat November und der bestehenden Systematik der Festlegung des Teuerungsausgleich um 21,7 Millionen Franken bei den Lohnkosten des Staatspersonals verbessert. Es wurde von einer höheren Teuerung ausgegangen und ehrlich gesagt fühlt sich das Leben auch eher so an. Es geht uns, dem GAB, nicht darum, hier diese Systematik zu hinterfragen. Mit der Reduktion der teuerungsbereinigten Lohnsumme wird das Budget 2024 noch besser und der zu erwartende Gewinn in der Jahresrechnung 2024 wird einfach weiter höher ausfallen. Also so weit so gut, alles korrekt, unserem Kanton geht es prima.

Wir stellen uns aber schon die Frage, was in einer solchen Situation auch noch möglich wäre, denn es ja nicht so, dass wir im Kanton Basel-Stadt keine personellen Herausforderungen hätten. Zum Beispiel könnten mit den nun zur Verfügung stehenden höheren Personalmittel Rückstellungen für strukturelle Lohnerhöhungen in den tiefen Lohnklassen gemacht werden. Ich gehe nicht davon aus, dass das jetzt schon möglich wäre. Dies stärkt aber die Kaufkraft von Menschen mit niedrigen Löhnen, welche von der Teuerung ja auch überproportional betroffen sind, denn der Durchschnitt der Bevölkerung hat seit Jahren nach Abzug aller Fixausgaben immer weniger freie Mittel zur Verfügung.

Eine andere Idee wäre, die nun verfügbaren budgetierten Personalmittel dafür einzusetzen, um die Arbeitsbedingungen in unseren vier Spitälern mittels Reduktion der Wochenarbeitszeit zum Beispiel, Erhöhung des Betreuungsschlüssel auf den Stationen oder weiteren zusätzlichen entlastenden Personalmassnahmen zu verbessern. Dies wäre ja auch im Sinne des zweiten Teils der angenommenen Pflegeinitiative und wäre ein wichtiger Aspekt, um den Fachkräftemangel in der Pflege und im medizinischen Bereich ein wenig aufzufangen.

Es gäbe also sehr wohl Möglichkeiten, die 21,7 Millionen Franken oder zumindest einen Teil davon für bessere Arbeitsbedingungen oder Lohnanpassungen zu verwenden. Diese Chance wird nicht wahrgenommen und dies bedauern wir, denn der Kanton Basel-Stadt hätte sich dies nun wirklich gut leisten können, Im Wissen, dass es vielleicht jetzt mit dieser Systematik schwierig wäre, das einfach so 1 zu 1 umzusetzen.

Aus diesen Gründen werden Einzelne der Fraktion diesem verfahrenstechnischen korrekten Antrag nicht zustimmen und sich symbolisch enthalten, um zum Ausdruck zu bringen, dass es für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen sehr wohl Notwendigkeiten gäbe.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Jetzt sind wir bei dem Regierungsrat. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich verstehe diesen Unmut, er ist hier aber an der falschen Stelle geäussert. Hier geht es nur um den Teuerungsausgleich. Den können wir nicht anpassen, das können wir nicht ändern. Die Frage wegen den Fachkräften haben wir heute auch schon angesprochen. Wir werden ihn in einem separaten Bericht behandeln. Wir haben eine kleine Arbeitsgruppe gebildet, Stephanie Eymann, Kaspar Sutter und ich, in der wir zusammen anschauen, was wir machen gegen den Fachkräftemangel im Kanton. Sie haben auch einige Vorstösse überwiesen, das schauen wir dort inhaltlich an. Rückstellungen dürfen wir nicht machen, das würde auch nicht gehen. Die Teuerung können wir auch nicht ändern, das geht halt auf die Novemberteuerung.



Daher bitte ich Sie, trotzdem zuzustimmen. Hinsichtlich der anderen Themen und Inhalte müssen Sie sich leider noch etwas gedulden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Die Finanzkommission beantragt den Personalaufwand um 21,7 Millionen Franken zu reduzieren, da die Teuerung nicht wie prognostiziert 2,8 Prozent sondern 1,2 Prozent beträgt. Für die Finanzkommission hat Joël Thüring das Wort. Er verzichtet auf ein Votum. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen, somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission betreffend Teuerung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 1 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002364, 14.12.23 17:16:42]

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Antrag zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 73 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und zehn Enthaltungen.

Wir kommen nun zur Detailberatung der Investitionsrechnung. Investitionen ab Seite 305 des Budgetberichts unter Berücksichtigung der Änderungen im Anhang 2 des Berichts der Finanzkommission ab Seite 61. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung des Budgets abgeschlossen. Detailberatung des Grossratsbeschlusses. Seite 59 im Bericht der Finanzkommission.

Titel und Ingress

Ziff. 1. Gesamtkantonales Budget 2024 mit folgenden Eckwerten:

Erfolgsrechnung -174'852'705 Franken.

Finanzergebnis 248'316'485 Franken.

Gesamtergebnis 73'463'780 Franken

Ziff. 2 Sollwerte der Globalbudget

Ziff. 3 Kenntnisnahme der Änderungen der Investitionsübersichtsliste.

Publikationsklausel

Schlussabstimmung über das Budget 2024.

Abstimmung

Schlussabstimmung zum Budget 2024

JA heisst Zustimmung zum Budget, NEIN heisst Ablehnung des Budgets

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002366, 14.12.23 17:19:02]

Der Grosse Rat beschliesst



1. Das gesamtkantonale Budget 2024 wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung

Betriebsergebnis Fr. -174'852'705

Finanzergebnis Fr. 248'316'485

Gesamtergebnis Fr. 73'463'780

Investitionsrechnung

Ausgaben Fr. -452'881'438

Einnahmen Fr. 26'207'569

Saldo Investitionsrechnung Fr. -426'673'869

2. Die Globalbudgets und die Soll-Werte 2024 der Wirkungsziele der fünf kantonalen Museen sowie das Globalbudget Öffentlicher Verkehr werden genehmigt.

3. Von den Änderungen der Investitionsübersichtsliste (IÜL) wird Kenntnis genommen. [Änderungen siehe Anhang II]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Budget zugestimmt mit 83 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

10. Areal Horburg Dreirosen; Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Horburgstrasse, Müllheimerstrasse, Badenweilerstrasse und Wiesenschanzenweg (Areal Horburg Dreirosen), Bericht der BRK

[14.12.23 17:19:29, 22.0704.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission das Wort hat deren Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Wir sprechen heute über ein sehr wichtiges Geschäft, wichtig, weil die Diskussion heute auch eine Signalwirkung auf künftige Bauprojekte in der Stadt haben kann, wichtig, weil dieser Bebauungsplan symptomatisch die Komplexität von grossen Bauprojekten in unserem Kanton aufzeigt.

Bauen wird immer politischer. Viele öffentliche Interessen der Bevölkerung wie der soziale Wohnungsbau, die Schaffung von Grünflächen und öffentliche Nutzungen stehen neben den ökologischen ökonomischen Interessen der Eigentümer und Eigentümerinnen. Ziel muss es sein, allediese Interessen ausgewogen zu berücksichtigen.

Die Kommission hatte sich deshalb in mehreren Sitzungen mit dem Ratschlag befasst und diesen mit Änderungen gutgeheissen. Grundtenor: Eine Mehrheit möchte bauen und Wohnraum entstehen lassen. Die Verträglichkeit muss gegeben sein, auch vor dem Hintergrund eines drohenden Referendums.

Konkret schlägt der Regierungsrat im vorliegenden Ratschlag einen Bebauungsplan für das Gebiet Areal Horburg Dreirosen vor. Das Bild 1 der Präsentation zeigt die Situation auf. Ziel dieser Planung ist die weitergehende Erhaltung des historisch wertvollen Bestands und der erschwinglichen Wohnungen der Siedlung Horburg einschliesslich der grosszügigen Grün- und Freiflächen. Gleichzeitig soll die Schaffung von rund 100 zusätzlichen Wohnungen ermöglicht werden. Die Siedlung Horburg wurde 1947/48 von der Ciba für deren Angestellten errichtet und galt damals als wegweisend und fortschrittlich. Seit 2011 gehört das Areal der Credit Suisse Anlagestiftung, heute Teil der UBS Group. Die Eigentümerin sieht Bedarf an kleinen und



speziellen Grosswohnungen und möchte, dass der Bestand den heutigen Standards in Bezug auf Wärmetechnik, Barrierefreiheit und Erdbebensicherheit entspricht.

Das Areal, wie Sie sehen auf der Abbildung ist der Zone 5A zugeordnet und aus heutiger baurechtlicher Sicht stark unternutzt. Eine Verdoppelung der Geschossflächen wäre möglich. Dies steht jedoch im Konflikt mit dem Erhalt des historisch wertvollen Bestands und der grosszügigen Grün- und Freiräume. Ein Ideenwettbewerb führte 2017 zur Empfehlung des Vorschlags «Une petite arcadie» von Buchner Bründler Architekten, der eine Verdichtung unter Beibehaltung der Gebäudesubstanz des bestehenden erschwinglichen Wohnhaus und den Grün- und Freiflächen vorsieht. Dazu ist ein Bebauungsplan notwendig. Unter anderem ist ein 70 Meter hoher Wohnturm geplant.

Parallel zur Erarbeitung des Bebauungsplans wurde ein Schutzvertrag zwischen der Grundeigentümerin und der kantonalen Denkmalpflege abgeschlossen. Dieser schützt die herausragenden Qualitäten der Siedlung und ermöglicht eine sanfte Weiterentwicklung des Bestands, um die Wohnungen den zeitgemässen Anforderungen anzupassen. Der Vertrag wurde am 19. Oktober 2021 vom Regierungsrat genehmigt, steht jedoch unter der Bedingung, dass der Bebauungsplan abgeseget wird.

Im Rahmen der Kommissionsberatung wurden Anhörungen von drei relevanten Akteuren, namentlich der Verwaltung, der Eigentümerschaft und einer Delegation der Einsprechenden durchgeführt. Die Verwaltung betonte bei der Anhörung die schonende Integration des Projekts von Buchner Bründler Architekten mit dem bestehenden Ensemble der Horburg-Siedlung. Die Neugestaltung, bestehend aus zwei kleineren Hochbauten, wurde als Möglichkeit gesehen, dem Quartier neue Akzente zu verleihen, ohne es zu überverdichten. Der Fokus lag dabei auf der Erhaltung des Heiteren und Atmosphärischen der 1950-er Jahre und der Schaffung von Wohnraum für eine vielfältigere Bevölkerung.

Die Eigentümerschaft präsentierte ihre Investitionsziele und betonte einen ganzheitlichen Ansatz für die Entwicklung des Areals. Dabei sollen bestehende Bauten erhalten und zeitgemäss weiterentwickelt, nachhaltige Neubauten geschaffen sowie eine hohe architektonische Qualität sichergestellt werden. Dabei wurde betont, dass die Parzelle derzeit nur zu 50 Prozent genutzt werde. Obwohl das Quartier insgesamt eine hohe Dichte aufweise, sei das fragliche Grundstück davon ausgenommen. Das Projekt solle auch der politischen Forderung nach Schaffung von Wohnraum gerecht werden. Im Varianzverfahren wurden zwei Projekte favorisiert, wobei das vorliegende Projekt nur 75 Prozent der maximalen Ausnutzungsziffern erreichen würde.

Das zweite Projekt mit 92 Prozent Ausnutzungsziffer würde keinen Bebauungsplan benötigen, da es zonenkonform realisierbar wäre, jedoch zu einer höheren Dichte und weniger Grünraum führen. Man würde einfach zwischen den bestehenden Gebäuden ergänzend neue Gebäude schaffen, die in einer ähnlichen Typologie gebaut würden.

Trotz alternativer Verdichtungsmöglichkeiten wurde das Projekt von Bucher Bründler Architekten als die beste Lösung für alle Beteiligten betrachtet. Die Eigentümerschaft strebt zudem an, bis 2040 CO₂ neutral zu sein und setzt dabei auf die Gebäudezertifizierung und ein ESG-Benchmarking.

Die Delegation der Einsprechenden, hauptsächlich vertreten durch den neutralen Quartierverein Unteres Kleinbasel, äusserte zahlreiche Bedenken. Kritikpunkte umfassen unter anderem die fehlende Anbindung des geplanten Hochhauses an das städtische Leitbild, ökologische Bedenken hinsichtlich Luftzirkulation und Grünflächen sowie Befürchtungen bezüglich Mehrverkehr und Verlust von Lebensqualität im Quartier. Auch wurde die Wahrung des Grünflächenanteils und die Beachtung des bestehenden Servituts als zentral erachtet. Schliesslich wurden die geplant kleinen Wohnungsgrössen als kritisch erachtet, da diese nicht im Sinne der Bedürfnisse aus dem Quartier entsprechen würden.

Die BRK zeigte sich in der Kommission gespalten. Einige Mitglieder unterstützen die behutsame Verdichtung und den Umgang mit den Bestandesbauten, während andere die Bedenken der entsprechenden insbesondere in ökologischer Hinsicht teilten. Die unzureichende Kommunikation seitens der Behörden und der Eigentümerschaft wurde als sehr unbefriedigend bewertet und als Mitgrund für die Ablehnung durch einen Teil der umliegenden Bevölkerung angesehen. Ein Antrag auf Rückweisung des Ratschlags wurde gestellt, jedoch mit einer Mehrheit von 8 zu 2 Stimmen abgelehnt. Die BRK beschloss stattdessen, in einen Dialog mit der Eigentümerschaft zu treten, um den Bebauungsplan im Sinne aller Beteiligten sozial ausgewogener zu gestalten.

Die Kommission arbeitete dazu vier Punkte aus, mit welchen die Eigentümerschaft zwecks besserer Verträglichkeit des Projekts konfrontiert wurde. In den Bestandesbauten sollen die Mieten dauerhaft in den untersten 10 Prozent der durchschnittlichen Mietzinsen des Kantons Basel-Stadt verbleiben. Ein Drittel der neuen Wohnungen soll dauerhaft gemäss Kostenmiete nach Wohnraumförderungsgesetz vermietet werden. Erstellung, Unterhalt und Betrieb aller Bauten haben Ressourcen schonend und effizient zu erfolgen, unter anderem durch Erreichung der Ziele des SIA-Effizienzpfads Energie für Erstellung, Betrieb und Mobilität. Die bestehenden Grünflächen im Innenhof sollen und dürfen nicht weiter unterbaut respektive und unterkellert werden, dies um eine Begrünung mit Bäumen weiterhin zu ermöglichen.

Die von der BRK entworfenen vier Punkte wurden von der Eigentümerschaft schriftlich beurteilt. In Bezug auf Mieten in den Bestandesbauten werde die Einhaltung der neuen Wohnraumförderungsgesetzbestimmungen betont. Die Festschreibung zusätzlicher Mietzinsregulierung im Bebauungsplan sei nicht hinnehmbar. Die Eigentümerschaft sei jedoch bereit, über



moderate Restriktionen zu diskutieren. Zum zweiten Punkt bezüglich dauerhaft vermieteter Wohnungen nach Kostenmiete: Nach WRFG wurde darauf hingewiesen, dass Restriktionen im Rahmen des Bebauungsplans nicht in Frage kämen. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum müsse wirtschaftlich tragbar bleiben. Es sei ja bereits so, dass mit den Bestandesbauten über das ganze Projekt fast zwei Drittel günstiger Wohnraum bestehen bleibt. In Hinblick auf den dritten Punkt zur Ressourcenschonung und Effizienz bei Erstellung, Unterhalt und Betrieb der Gebäude betonte die Eigentümerschaft ihre Bereitschaft zur Erhaltung und Einhaltung von Minergie-Standard und Green Property-Standard. Die Festlegung bestimmter Normen im Bebauungsplan erscheinen jedoch fragwürdig, da zukünftige Entwicklungen nicht berücksichtigt werden könnten. Eine vertiefte Diskussion mit der BRK wurde vorgeschlagen. Zum vierten Punkt bezüglich des Schutzes bestehender Grünfläche wurde signalisiert, dass eine grundsätzliche Bereitschaft bestehe, den Anliegen der BRK entgegenzukommen, unter der Bedingung, dass moderate Anpassungen an den Frei- und Grünflächen möglich bleiben müssen.

Die Eigentümerschaft könne nicht alle Punkte der BRK erfüllen, wies jedoch darauf hin, dass ein Referendum oder wirtschaftliche Überlegungen für das Projekt sehr schwierig wären und dieses gefährden. Die Rentabilität müsse berücksichtigt werden und das vorliegende Projekt trage bereits erheblich dazu bei, indem es Bestand unter Schutz stelle, Grünflächen erhalte, Wohnraum schaffe und nicht maximal verdichte.

Die Kommission führte aufgrund voriger Anhörungen und Rücksprachen mit Investoren weitere Diskussionen, die zu vier Anträgen führten, welche die BRK der Eigentümerschaften zur Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Projekts unterbreitet hatte. Zum einen sollte der Erhalt und die qualitative Aufwertung bestehender Grünflächen im Baubereich A gefördert werden und ein Verzicht auf eine weitere Unterbauung mit Ausnahme für statische Sicherung im Baufeld B vorgesehen werden. Damit möchte die Kommission verhindern, dass einer der grünen Zwischenräume durch den Bau einer grösseren Autoeinstellhalle beeinträchtigt wird. Da in der Nähe die Novartis im Baurecht ein Parking betreibt, welches nicht sehr ausgelastet scheint, jedoch nur für Mitarbeitende genutzt werden kann, soll ein Vorstoss ins Parlament gebracht werden. Dieser fordert den Kanton als Baurechtgeber auf, mit der Novartis zu verhandeln, damit die Bevölkerung das Parking nutzen kann. Die BRK stimmt dem Antrag mit 5 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Zweitens soll eine Ressourcen schonende Bauweise nach dem SIA-Effizienzpfad sowie mit Nachweis zur Reduktion von Treibhausgasemissionen umgesetzt werden. Dies wird einstimmig mit 9 Stimmen angenommen.

Drittens soll im Bebauungsplan folgende Formulierung eingesetzt werden: Die Grundeigentümerin verpflichtet sich zu einem fairen und transparenten Umgang mit ihren Mieterinnen und Mietern. Alle Mieterinnen und Mieter in den Bestandesgebäuden dürfen in ihren Mietverhältnissen verbleiben. Dies gilt auch im Falle einer Sanierung und für die Zeit nach einer Sanierung. Für frei gewordene Wohnungen aufgrund von Kündigungen seitens Mieterinnen und Mietern ist die Eigentümerin verpflichtet, die Anschlussmieten unterhalb der ortsüblichen Miete gemäss Mietpreisstatistik des Kantons Basel-Stadt für vergleichbare sanierte Wohnungen anzusetzen. Diese Formulierung wurde mit 7 Stimmen bei 2 Enthaltung gegenüber einer schärferen Regelung durch die Kommission bevorzugt.

Als vierten Punkt beantragte die Kommission, den Bebauungsplan dergestalt zu ergänzen, dass innerhalb des Bebauungsperimeters mindestens ein Drittel des neu realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen ist. Dies wurde mit 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Ein Änderungsantrag, dass nur 15 Prozent dauerhaft als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen ist, wurde mit 6 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Letztlich weist die BRK die Einsprachen mit 5 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung ab und beantragt dem Grossen Rat, den vorgeschlagenen Grossratsbeschluss mit 5 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen anzunehmen.

Nach der Schlussabstimmung in der Kommission und der Publikation des Berichtes hat die Regierung Änderungsanträge formuliert. Sie liegen heute auf ihren tischen verteilt. Im Wesentlichen möchte die Regierung zwei der vier Kommissionsanträge ändern, die im Bereich der unter Bauung der bestehenden Grünflächen und beim Erfordernis des preisgünstigen Wohnraums über einen Drittel. Bei der Beibehaltung der Mieten der Bestandsbauten ist die Regierung zudem juristisch nicht überzeugt, inwiefern eine solche Regulierung zulässig wäre. Ebenfalls hat sich die Vertretung der Eigentümerschaft mit zwei Schreiben an die Kommission gewandt und mitgeteilt, dass sie unter diesen Vorzeichen und insbesondere aufgrund der Festsetzung von einem Drittel preisgünstigem Wohnraum das vorliegende Projekt unmöglich weiterverfolgen könne.

Wir stehen nun vor einer schweren Ausgangslage. Wenn man die Kreuztabelle anschaut, dann führt auch eine Annahme der Änderungsanträge im Sinne der Regierung letztlich dennoch zu einer Ablehnung des Projekts. Gleichzeitig würde aber auch eine Beibehaltung der Kommissionsversion des Ratschlags zu dessen Ablehnung führen. In beiden Fällen würde man vor einem massiven Scherbenhaufen stehen und zehn Jahre Planung wäre für nichts gewesen.

Anlässlich unserer letzten Kommissionssitzung von vergangendem Freitag konnte ich noch einige Stimmen einfangen, wie eine gänzliche Beerdigung und ein Totalausfall des Projekts abgewendet werden könnte. Dabei haben einige angezeigt, dass sie auch aufgrund der erst nach der Beschlussfassung eingebrachten Punkte einen Antrag auf Rückweisung an die Regierung unterstützen würden. Dazu besteht jedoch kein Kommissionsbeschluss. An dieser Stelle könnte jedoch festgehalten werden, dass durch eine Rückweisung gewisse Themen wie ein besserer Einbezug der Quartierbevölkerung



und die Berücksichtigung von deren Bedürfnisse besser einbezogen werden könnte. Kommt es nicht zu einer Rückweisung und es würden die Änderungsanträge der Regierung in der Detailberatung diskutiert, besteht ebenfalls kein Beschluss der Kommission darüber, wie diese sich dazu stellt.

Letztlich möchte ich mich noch bei der Verwaltung und den Mitgliedern der Kommission für die Zusammenarbeit bedanken und bin nun gespannt auf die Diskussion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Mit Blick auf die Zeit und auch auf die Ausführungen des Präsidenten der BRK versuche ich mich kurz zu halten und je nachdem später noch auf die Voten zu reagieren. Ich möchte gleich vorausschicken, dass die Regierung offen ist für die Rückweisung dieses Ratschlags. Es haben sich jetzt wirklich neue Entwicklungen ergeben. Sie haben es gehört, die BRK hatte Änderungsvorschläge, die Regierung wiederum hat diese inhaltlich aber auch rechtlich geprüft, hat Feedback gegeben. Sie haben diese Änderungsanträge von Seiten der Regierung erhalten. Nun liegt auch noch eine Stellungnahme der Eigentümerin vor. Ich denke, auf gewisse Punkte kann man eingehen, gewisse Punkte sind tatsächlich schwieriger, aber hier im Plenum ist nicht der Ort, wo wir das bereinigen sollten. Wir sollten das wirklich noch einmal zurücknehmen.

Wir werden schauen, was möglich ist, was wir festlegen können und Ihnen noch einmal einen Vorschlag unterbreiten. Deshalb glaube ich tatsächlich im Moment ist eine Rückweisung der beste Weg. Hier gilt auch Sorgfalt vor Tempo. Wir haben diese Zeit, wir sollten Sie uns nehmen, denn ich denke, es ist auch eine wichtige Arealentwicklung, es handelt sich darum eine stattliche Anzahl Wohnungen und Wohnraum, es ist wirklich etwas, was wir dringend benötigen hier in Basel-Stadt. Deshalb wie gesagt, sind wir offen für eine Rückweisung an die Regierung und danken, wenn Sie dem folgen würden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Erste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Es wurde bereits angekündigt, wir vom GAB beantragen die Rückweisung des Horburg-Hochhauses, der ganzen Planung, an den Regierungsrat und würden im Fall einer Ablehnung der Rückweisung alle Änderungsanträge des Regierungsrats ablehnen. Was uns der Regierungsrat da vorgelegt hat, ist aus unserer Sicht ein misslungenes Renditeprojekt, das sich nur mit einer unglaublichen Arroganz der Credit Suisse-Anlagestiftung gegenüber der Nachbarschaft, dem Quartier und der gesamten Basler Bevölkerung erklären lässt. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb der Regierungsrat diese Planung durchgewinkt hat und bis heute nicht den Mut besitzt, für eine quartierverträgliche Variante einzustehen. Wir werden hier das Gefühl nicht los, dass man meint, mit dem Klybeck könne mal das schon irgendwie machen. Aber Sie haben es gemerkt, so einfach ist das nicht, auch wir im Klybeck können uns wehren.

Viele von Ihnen haben in den letzten Wochen Schreiben von Anwohnenden und Quartiervertretenden bekommen. Sie dürften also die schwerwiegendsten Fehler der Horburg-Planung kennen. Auch wenn es jetzt schon spät ist, glaube ich ist es wichtig, dass es hier nochmal aufgezählt wird, auch für das Protokoll möchte ich die wichtigsten nennen.

Es gab keinerlei Mitwirkungsprozesse, obwohl die Auswirkungen auf das Quartier sehr gross sind. Die Bevölkerung durfte aus den Medien von dieser Planung erfahren. Die Anwohnenden hatten nur die Möglichkeit, mit Einsprachen zu reagieren, auf diese wurde in keiner Weise eingegangen. Das Horburg-Areal liegt an der Grenze zwischen den sehr dicht bebauten Quartieren Klybeck und Matthäus, die meisten umliegenden Planungsquadrate sind noch dichter bebaut als diese Quartiere im Durchschnitt. Es gibt auch sehr wenige Grünflächen. Sie kennen die Problematik, die Dreirosenanlage und der Horburgpark sind massiv überlastet. Es braucht mehr Grünflächen und sicher nicht eine Überbauung der Störung der bestehenden Grünflächen und ein Abholzen der bestehenden alten Bäume. Mit dem aus unserer Sicht absolut unsinnigen Sockelbau zerstört dieser Doppelklotz, der hier geplant wird, nicht nur eine Grünfläche, sondern sie verhindert auch die Luftzirkulation in dieses Gebiet, das heute noch relativ gut funktioniert, währenddem es im Rest des Quartiers jetzt schon schwierig ist. Und nicht zuletzt ist auch sehr wichtig zu beachten, dass dieser Bebauungsplan direkt angrenzend an die Klybeck plus-Entwicklungsplanungsfläche, in diesem Gebiet ist eine riesige Umwälzung im Quartier geplant, die sowieso eine grosse Belastung für das Quartier sein wird. In diesem Zusammenhang ist man auch aktuell daran, den Stadtteilrichtplan Klybeck/Kleinhüningen auszuarbeiten. Dazu läuft eine Mitwirkung. Es macht überhaupt keinen Sinn, jetzt wo diese Mitwirkung zu diesem grösseren Entwicklung in diesem Gebiet läuft, einfach eine Planung durchzudrücken.

Ich finde, wir müssen uns auch ganz ernsthaft fragen, warum gerade in diesem Gebiet, in dessen Nachbarschaft wie gesagt eine massive Verdichtung geplant ist mit zusätzlichen 20'000 Einwohnern und 30'000 Arbeitsplätzen, ein paar zusätzliche Wohnungen im Hochhaus so hoch gewichtet werden sollen, dass alle anderen Bedürfnisse aus dem Quartier nichtig sind.



Der Kommissionspräsident hat es ausgeführt, die BRK hat versucht, aus diesem ziemlich misslungenen Bebauungsplan noch das Beste herauszuholen und wenigstens bei der Kostenmiete und dem Schutz der Grünfläche vor einer Unterbauung ein paar Pflaster zu setzen. Aber selbst diese Pflaster werden von der Credit Suisse-Anlagestiftung und dem Regierungsrat bekämpft. Die Regierung will also entgegen dem Stadtklimakonzept verhindern, dass um den Turm herum Bäume gepflanzt werden können, die genügend Wurzelraum haben, um auch gross und alt zu werden. Und sie will, dass die Wohnungen im Turm zu 100 Prozent übersteuert und Rendite maximiert vermietet werden können. Wir von BastA!, den Grünen und vom Jungen Grünen Bündnis fragen uns schon, mit welcher Legitimation sich der Regierungsrat über die Verfassung mit der Klimagerechtigkeit, dem Recht auf Wohnen und dem Wohnschutz hinwegsetzt und damit auch über eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, die sich für diese Verfassungsgrundsätze ausgesprochen hat, nur um die Rendite der Credit Suisse-Anlagestiftung zu maximieren.

Sie haben es auch vom Kommission sprechend gehört, nach den Fraktionssitzungen gingen wir noch davon aus, dass wir vom GAB die einzigen sind, die hier Rückweisung beantragen. Inzwischen sieht es anders aus. Deshalb möchte ich jetzt noch einmal klar sagen, was der Auftrag im Falle einer Rückweisung ist. Es braucht eine grundsätzliche Neuplanung, also eine einfache Neuauflage des Hochhauses mit ein paar kosmetischen Anpassungen, wie es jetzt in Aussicht gestellt wurde von Regierungsrätin Esther Keller, reicht nicht. Ein solcher Turm hat heute keine Mehrheit und er wird auch in Zukunft keine Mehrheit haben. Es braucht also wirklich eine Neuplanung, eine ergebnisoffene Neuplanung, die die Bedürfnisse der Bevölkerung wirklich ernst nimmt und auch die anderen Planungen und Konzepte, die wir haben, nebenbei ist es auch die Klimaschutzstrategie, das Stadtklimakonzept und der zu erarbeitende Stadtteilrichtplan.

Die Planung, wie sie uns heute vorliegt, ist eine definitiv massiv veraltete Planung, die heute so nicht mehr gemacht würde. Das ist eigentlich allen klar. Es macht also keinen Sinn, jetzt nach einer Rückweisung noch mit etwas ähnlichem zu kommen. Eine Neuplanung dieses Areals und dieses Gebiets ist auch eine Chance, hier endlich für mehr Grünflächen zu sorgen, die dringend notwendig sind. Ich bitte Sie von der Regierung wirklich, das ernst zu nehmen und nicht nochmals mit einem gleichen Projekt zu kommen. Aus unserer Sicht ist eine weitere Verdichtung an diesem Ort ohnehin nicht sinnvoll. Das heisst nicht, dass überhaupt kein Gebäude entstehen kann, aber eine so massive Verdichtung ist nicht sinnvoll. Ich habe es gesagt, gleich nebenan entsteht ein neues Quartier, ein neuer Stadtteil mit 20'000 Einwohnenden. Damit würde die Bevölkerung des Klybeck vervierfacht. Hier noch ein paar Wohnungen rein zu quetschen ist nicht nötig, nicht sinnvoll und auch nicht akzeptabel.

Zum Schluss möchte ich trotzdem noch positiv ändern. Trotz all dem Ärger, der wir hatten und den wir bis jetzt haben, hat es auch etwas Positives bewirkt. Das Untere Kleinbasel hat endlich wieder einen neutralen Quartierverein und damit eine starke, engagierte Gruppe, die sich für die Interessen der Bevölkerung einsetzt und dafür sorgt, dass diese gehört und auch beachtet wird. Ich möchte mich deshalb ganz herzlich bei allen Menschen bedanken, die sich hier dafür eingesetzt haben, dass das Quartier gehört wird und sich auch in Zukunft für das Untere Kleinbasel einsetzen werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Dieser Neubau hat in den letzten Wochen und Monaten viel zu sprechen gegeben und insbesondere die Quartierbevölkerung bekämpft dieses Projekt vehement. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wir grosses Verständnis für die Quartierbevölkerung in Kleinbasel haben, insbesondere im Gebiet Dreirosen. Das Kleinbasel ist schon ziemlich dicht besiedelt, Grünflächen sind Mangelware. Die Sicherheitslage, das kann man wirklich auch getrost sagen, grenzt an eine Zumutung im Dreirosenquartier, und es ist auch so, dass sich dort in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sehr viel entwickeln wird und man dieser Bevölkerung doch sehr viel zumutet.

Es gibt sehr wenige öffentliche Grünflächen. Man möchte noch den Privaten Grünflächen wegnehmen. Das kann es nicht sein. Es ist völlig klar, dass bei diesem Projekt, bei dem Grünflächen verloren gehen, weniger Parkplätze oder gar keine Parkplätze entstehen sollen, noch mehr verdichtet wird, die Bevölkerung irgendwann einmal sagt, genug ist genug und hier auf die Hinterbeine steht. Aus diesen verschiedenen Gründen kann die SVP-Fraktion hier auch die Quartierbevölkerung verstehen.

Wir finden, der Regierungsrat soll hier ein Projekt ausarbeiten – und ich kann mich hier sehr auch meiner Vorrednerin Tonja Zürcher anschliessen-, das eine Akzeptanz in der Quartierbevölkerung hat. Denn wenn wir hier ein Projekt beschliessen, dann laufen wir in ein Referendum rein und wenn das Volk Nein sagt, dann ist es sowieso beendet. Also dementsprechend wäre es viel einfacher, man würde von Anfang an auch sämtliche Player an einen Tisch holen und ein Projekt lancieren, welches auch in der Quartierbevölkerung eine gewisse Akzeptanz hat. Ich habe jetzt noch von niemandem im Kleinbasel gehört, dass er dieses Projekt gut findet. Jeder sagt, dass ist ein Blödsinn, bitte lehnt das im Grossen Rat ab. Ich frage mich dann schon, warum man hier dieses Gefühl nicht hat. Ich würde sogar behaupten, wenn in anderen Quartieren, in Riehen, auf dem Bruderholz, im Gellert oder im Neubad ein derartiges Projekt geplant wäre und die Quartierbevölkerung derart dagegen gewesen wären, dann wären wir jetzt gar nicht hier im Grossen Rat. Es wäre schon vorher besiegelt gewesen. Hier



habe ich habe einfach auch das Gefühl, dass das Kleinbasel vielleicht eine weniger grosse Lobby hat als andere Quartiere. Ich beispielsweise stamme aus Riehen, wo es sehr viele Grünflächen hat. Auch die Menschen im Kleinbasel haben aus meiner Sicht und aus Sicht der SVP-Fraktion Recht auf Grünflächen. Mit diesem Projekt wird ihnen eher was weggenommen, als dass sie hier wirklich etwas Neues erhalten.

Dementsprechend ist es gut, wenn wir das an den Regierungsrat zurückweisen. Ich möchte noch ein klein bisschen Parteipolitik machen. Das muss man schon auch nochmal erwähnen und betonen: Es wird immer gesagt, es braucht dringend neuen Wohnraum. Gleichzeitig sagt man aber auch immer, eine 10-Millionen-Schweiz, eine 11-Millionen-Schweiz, eine 12-Millionen-Schweiz sei doch alles kein Problem, das schaffen wir alles prima. Meine Damen und Herren, hier haben wir ein perfektes Beispiel, dass diese Rechnung eben nicht aufgeht. Wir reden nur von 100 neuen Wohnungen und die Quartierbevölkerung ist derart stark dagegen, weil schon derart stark verdichtet ist, dass es eben doch ein Problem ist. Und hier sehe ich die SVP-Fraktion nicht zwingend überall in der Verantwortung, jedem neuen Projekt zuzustimmen. Das heisst nicht, dass wir alles komplett ablehnen. Wir haben in den letzten Jahren sehr viele verschiedene Projekte gutgeheissen und mitgetragen. Aber hier in diesem Bereich, wo man wirklich den grossen Widerstand der Quartierbevölkerung sieht, hatten wir einfach auch ein schlechtes Gewissen, dem hier so zuzustimmen, und aus diesem Grund bitten wir Sie auch, das an den Regierungsrat zurückzuweisen, damit eventuell ein neues Projekt kommt. Und wenn halt kein Projekt kommt, ja gut, dann stirbt halt auch mal ein Projekt.

Das heisst ja nicht, dass gänzlich überall nicht mehr gebaut werden kann in diesem Kanton. Wir haben viele Transformationsareale mit Entwicklungspotenzial, dort wird auch vieles entstehen. Dort werden wir auch Hand bieten, das ist ja klar. Aber wenn halt ein Projekt in dieser Form nicht überzeugt, dann muss man halt auch einmal die Courage haben, Nein zu sagen, und genau das machen wir hier in Form einer Zurückweisung in der Hoffnung, dass eventuell etwas besseres kommt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher für die FDP ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich darf für die FDP-Fraktion und für die LDP-Fraktion sprechen und muss zu Beginn schon sagen, dass ich ein bisschen überrascht bin, in welcher Vehemenz hier argumentiert worden ist von meinen bei den Vorrednerinnen und Vorrednern, vor allem auch wie jetzt dieser Bebauungsplan schlechtgeredet worden ist. Ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass ein schlechter Bebauungsplan vorliegt. Man kann immer darüber diskutieren, ob er so angenommen werden kann oder muss oder ob man hier noch Änderungen vornehmen muss. Mir geht es auch nicht um das Kleinbasel, mein Votum würde genau gleich lauten, auch wenn jetzt dieser Bau auf dem Bruderholz liegen würde. Ich bin im Kleinbasel aufgewachsen, ich weiss oder kenne die Situation, wie sie im Kleinbasel ist, vor allem auch in dieser Gegend, die sich in den letzten Jahren zwar verändert hat, aber immer noch sehr dicht bevölkert ist.

Wir diskutieren heute einen Bebauungsplan über ein Grundstück, das stark unternutzt ist. Unabhängig einer konkreten Bebauung besteht also grundsätzlich ein legitimes Interesse der Grundeigentümerin, das Grundstück zu überbauen und das Grundstück auszunutzen. Damit nicht auf der grünen Wiese gebaut wird, zielt auch die Raumplanung in diese Richtung, nämlich dass dort gebaut und verdichtet wird, wo schon eine Bebauung vorhanden ist. Diesem Bebauungsplan ging eine sorgfältige langjährige Planung voraus mit einem Wettbewerb. Das Resultat davon ist dieser Bebauungsplan, den Ihnen der Regierungsvorrat vorgelegt hat. Er versuchte, diverse Anliegen unter einen Hut zu bringen und zwar im Einverständnis mit der Grundeigentümerin. So soll neuer zusätzlicher Wohnraum entstehen. Es wurden ökologische Anliegen berücksichtigt, der Denkmalschutz wurde berücksichtigt und die Grundeigentümerin ist ja auch bereit, preisgünstigeren Wohnraum zu erhalten. Ich glaube, all das ist dem Regierungsrat nicht schlecht gelungen.

Selbstverständlich haben wir Verständnis für das Anliegen und die Ängste in der Quartierbevölkerung. In unmittelbarer Nähe soll ein Hochhaus entstehen, das die Situation und das Erscheinungsbild vor Ort verändert. Mit zusätzlichem Wohnraum wird zusätzliche Wohnbevölkerung angezogen, und das in einem schon dichtbesiedelten Quartier. Dass Opposition entsteht und sowohl die politischen wie auch die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ist legitim.

Schwieriger ist es mit der Vorlage, die durch die BRK-Mehrheit beschlossen wurde. Unseres Erachtens wurde damit das Fuder überladen. Im Moment ist niemand mehr zufrieden, weder das Quartier noch die Grundeigentümerin. Der Ausgleich, den die Regierung zu schaffen versuchte, wurde mit den Änderungen durch die BRK-Mehrheit zerstört. Es war von Anfang an klar, dass die Grundeigentümerin unter diesen Voraussetzungen und diesen neuen Umständen nicht im Sinne des Bebauungsplans bauen wird. Die Finanzierung geht in diesem Fall nicht auf, wenn bestehender Wohnraum preisgünstig bleiben muss und im Neubau zudem ein Drittel preisgünstig vermietet werden muss. Mit diesen Eckpunkten ist ein Projekt kaum mehr finanzierbar.

Somit steht der Bebauungsplan, sei es die Vorlage der Regierung, sei es die Vorlage der BRK-Mehrheit, unter schlechten Vorzeichen. SP und Grüne wollen an den Investoren- und Eigentümer-feindlichen Bestimmungen festhalten. Die



Grundeigentümern wird mit diesen Eckpunkten kaum bauen. SVP und Quartier wollen kein Hochhaus, eine unheilige Allianz droht also, ein an und für sich sinnvolles Projekt scheitern zu lassen.

Unter diesem Aspekt scheint eine Rückweisung an die Regierung wohl der gangbarste Weg, wenn auch aus Sicht der FDP mit wenig Hoffnung. Das Hochhaus kann nicht einfach wegradiert werden, will man eine andere Bebauung, so bräuchte ein neues Projekt mit neuer Ausschreibung. Das dauert erneut Jahre, kostet viel und bedarf natürlich auch der Mitwirkung und des Interesses der Grundeigentümerin. Ob sie dazu bereit ist, ist fraglich.

Somit könnte eine Bebauung des Grundstücks auf die Basis der aktuellen baugesetzlichen Normen näher rücken. Es wurde oft gesagt, dass dies wegen der Inventarisierung der bestehenden Gebäude kaum möglich ist. Es wird mit der Unterschutzstellung gedroht. Persönlich würde ich mich nicht darauf verlassen. Das Denkmalschutzgesetz ist dazu da, denkmalwürdige Liegenschaften in globo oder einzeln zu schützen und im Bestand zu bewahren. Es hat aber nicht in Anspruch, eine sinnvolle und baugesetzlich zulässige Bebauung zu verhindern.

Dies gilt vor allem auch in Zeiten, wo von überall her im urbanen Bereich mehr Wohnungen gefordert werden. Eine Bebauung gemäss aktuellen Bauvorschriften würden der Grundeigentümer zwar einen höheren Ertrag bringen, wäre aber als städtebaulicher wie auch ökologischer Sicht wenig sinnvoll. Ob das Quartier mit einer solchen Bebauung besser fahren würde, ist auch nicht gesichert.

Wie eingangs erwähnt, unterstützt die FDP die Änderungsanträge der Regierung, verschliesst sich aber nicht einer Rückweisung an sie. Die LDP schliesst sich hier an. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen namens FDP und LDP Rückweisung dieser Vorlage.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Die Debatte und auch die Entwicklung, die wir hatten mit diesem Bebauungsplan, erinnert mich doch sehr stark an ein Bild, und das möchte ich Ihnen mitgeben als Abschluss. Kennen Sie die TV-Quizshow 1, 2 oder 3? Man hat drei Felder, eine Frage und drei verschiedene Antworten. Und genau das ist hier passiert.

Zu Feld 1, und das geht an die Regierungsrätin, die noch anwesend ist: Dieses Planungsvorhaben war wirklich von Beginn an mit Problemen bestückt. Das haben meine Vorrednerinnen ausgeführt. Da wurden Quartiersinteressen nicht berücksichtigt, da wurden aber auch übergeordnete Planungsleitlinien einfach vergessen. Und dann selbst die Kommunikation. Das Weiterbauen unserer Städte ist immer eine Herausforderung und deshalb ist ja Kommunikation und Mitwirkung so wichtig. Und ganz wichtig hierbei, das ist nicht Neuland, dazu gibt es Beispiele und dazu gibt es vor allem empirisches Wissen. Es sind drei Faktoren, welche die Akzeptanz von Verdichtungsprojekten immer erhöhen. Erster Punkt ist die Partizipation, zweiter Punkt sind ökologische Begleitmassnahmen und dritter Punkt ist bezahlbarer Wohnraum. Diese drei einfachen Prinzipien, die wir auch aus anderen Bebauungsplänen kennen, wurden in diesem Verdichtungsprojekt sträflich vernachlässigt.

Kommen wir zu Feld 2, das ist der BRK-Kompromiss. Klar, der Zug der Partizipation war hier abgefahren. Wir haben aber über ein Jahr in fünf Sitzungen gemeinsam dieses Geschäft beraten. Wir haben Anhörungen durchgeführt, das wurde ausgeführt von Michael Hug, insbesondere mit der Quartierbevölkerung und natürlich mit dem Immobilienkonzern, die dahinterstehen und dann auch mit dem Bau- und Planungsamt. Wir raufeten uns zusammen und holten verschiedene Positionen dieser involvierten Akteur:innen ab, mit dem Ziel, einen Versuch zu wagen, diesen Bebauungsplan mit den Quartiersinteressen zu ergänzen und somit auch mehrheitsfähig zu machen. Dies führte zu diesen vier klima- und wohnpolitischen Flankierungen, die Michael Hug sehr schön aufgeführt hat. Die SP stand immer klar zu diesen Flankierungen. Und deshalb lehnen wir auch diese Änderungsanträge der Regierung ab, die jetzt auf dem Tisch liegen.

Und damit komme ich zu dem dritten Feld, und das ist eigentlich die Fundamentalopposition gegen diesen BRK-Kompromiss. Es sind die Änderungsanträge des Regierungsrates. Die CS als Teil des neuen UBS-Konzerns, die kam ja wirklich sehr beschwerlich in die Puschen und hat darüber...

Ivo Balmer (SP): Dieses Aufschnüren des BRK-Kompromisses war quasi die sträfliche Nichtberücksichtigung. Dieser Versuch war überparteilich, der Versuch, das wirklich mehrheitsfähig zu machen. Und an alle diejenigen in diesem Saal, die immer bauen bauen und bauen rufen und darin das öffentliche Interesse einfach gleich mal zur Genüge begründet finden, erfolgt folgender Hinweis: Es geht nicht einfach um mehr Wohnraum, sondern es geht um die Frage, mehr Wohnraum für wen? Verdichtung nach innen darf nicht einfach eine Verteuerung nach innen bedeuten. Entwickeln Sie bitte Verdichtungsprojekte mit der Bevölkerung und nicht gegen sie. 1, 2 oder 3, ob der Horburg-Turm jemals steht, seht ihr, wenn das Licht angeht. Wir meinen 1, 2,3, letzte Chance vorbei und beantragen die Rückweisung an die Regierung.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich würde das Geschäft zu Ende beraten, auch wenn es 5 oder 7 Minuten länger dauern sollte,

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der nächste Fraktionssprecher für die GLP ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich hätte viel zu sagen, auch viel zu antworten auf Ivo Balmer. Ich werde mich jetzt aber ganz kurz halten.

Wir sind auch für Rückweisung. Wir verstehen aber die Rückweisung nicht im Sinne der SVP. Wir verstehen Sie nicht im Sinne der Grünen/BastA! und auch nicht im Sinne der SP, sondern folgen der Argumentation der FDP und LDP: Wir wollen kein Schlechttreden dieses Bebauungsplans. Es ist kein arrogantes Renditeprojekt. Der Eigner hat sich bewegt, er hätte viel dichter bauen können und es wurden mehr Grünflächen freigehalten. Ich könnte noch mehr Punkte aufzählen.

Wenn Sie Verdichtung hinbekommen wollen, müssen Sie höher bauen. Wie soll das denn anders gehen? Wir sind auch nicht für die Versionen der BRK, also die Erhöhung der Quoten des gemeinnützigen Wohnraums. Es gibt schon heute einen grossen Teil preisgünstigen Wohnraums auf dem Areal. Man darf da nicht überschliessen. Auch der Mietzinsdeckel wurde eingeführt. Und aus diesen Gründen und auch aufgrund der neuen Erkenntnisse, die hervorgekommen sind, sind wir auch für Rückweisungen, aber eben in diesem Sinne und nicht im Sinne der bisher mehrheitlich geführten Voten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Nehmen Sie sie an? Sie wird nicht angenommen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit habe ich keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Ein Antrag auf Schliessung der Rednerliste ist obsolet und somit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch ich möchte es kurz machen, obwohl es tatsächlich viel zu sagen gäbe.

Einfach noch kurz zu Ivo Balmer. Ich verstehe auch den Ärger. Ich bin auch der Meinung, dass man die Ursprünge des Projekts vor zehn Jahren nicht glücklich aufgegleist hat, dass da der Einbezug der Bevölkerung nicht gelungen ist. Ich möchte aber zuhänden von Tonja Zürcher auch sagen, dass nicht einfach das erstbeste Projekt durchgewinkt wurde, im Gegenteil, dass eben zehn Jahre lang geplant wurde. Übrigens ist ja nicht der Kanton Bauherrin, sondern es gibt eine Eigentümerin, die wir begleitet haben in diesem Projekt. Also man hat intensiv Lösungen gesucht

Und wenn die Kommission eine Lösung oder einen Kompromiss gefunden hat, was die Regierung sehr schätzt, dann ist einfach der Punkt, dass wir heute wissen, dass die Eigentümerin sagt, in dem Fall würde nicht gebaut. Und das wiederum bedeutet, dass ein Bebauungsplan wenig Sinn macht, denn dann schneiden wir eine massgefertigte Lösung für ein Projekt, das nicht umgesetzt wird.

Insofern macht es wirklich Sinn, dieses Projekt, diesen Bebauungsplan an die Regierung zurückzuweisen. Ich Sie haben noch heute wieder gehört, wie weit die Meinungen auseinandergehen und ich glaube, das bleibt eine Herausforderung für die Zukunft, diese Areale wirklich mehrheitsfähig zu machen. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir das noch mal ganz sorgfältig anschauen und ich denke, einige der Inputs der BRK sind auch wirklich aufnehmbar.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde beantragt von Tonja Zürcher, Pascal Messerli und Konsorten.

Wir stimmen ab.

Abstimmung

über die Rückweisung an den Regierungsrat

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002369, 14.12.23 18:06:03]



Der Grosse Rat beschliesst

den Bericht an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für Rückweisung entschieden mit 84 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Session schliesse, möchte ich noch mitteilen, dass wir im Januar am zweiten Sitzungstag eine Nachtsitzung haben werden. Bevor Sie Ihre Plätze verlassen, bitte ich Sie, alles mitzunehmen, was Ihnen gehört. Morgen findet ein Anlass statt und es muss sauber sein im Raum.

Ich wünsche Ihnen eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit, happy new year und wir sehen uns im nächsten Jahr. Einen schönen Abend.

Schluss der 43. Sitzung

18:06 Uhr